

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19100303

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis (incl. „Die Neue Welt“) durch die Post
 bezogen ohne Bringsel monatlich M. 1.20, vierteljährlich M. 3.60; durch die Postportale wöchentlich 30 Pf.
 frei ins Haus. Eins. Nr. 5 A. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Kreuzbandendungen monatlich M. 2.70, für das Ausland monatlich M. 3.50.

Redaktion:
 Fehlandstraße 11, 1. St., Hamburg 36
 Expedition:
 Fehlandstraße 11, Eidelshof.
 Verantwortlicher Redakteur: Ernst Käpfe in Hamburg.

Anzeigen die schlagballeheltige Beilagen oder deren Raum 25 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und
 Familienanzeigen 25 A. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Eidelshof (bis 5 Uhr nachmittags),
 in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Büros. Brief- u. Telegramm-Adressen
 verbindlich. Wetkamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
 Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Eidelshof.

St. Pauli, einschl. Schanzengraben, bei Heinrich Roenen, Sophienstr. 44. Fimsbüttel, Langensfelde bei Carl Dreger, Fruchthalweg 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Grohsopf, Lehmsweg 51. Farmses, Uhlenhorst bei Theodor
 Peteret, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffesd und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Fischschläger Billewich bei Rud. Fußmann, Schwabenstr. 33. Rotenburgsort und Reddel bei Th. Reimer, Lindstr. 85.
 Wilhelmsburg bei Carl G. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. Elbe, Bandsied, Finkenfelde und St. Farmses bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Wahrenfeld bei Joh. Heine, Wahrenfeldstr. 129.

Siezu zwei Beilagen.

Not-Delitte im Strafrecht.

Berlin, 1. März.

Zu den Materien, welche die der Justizkommission des Reichstages überwiesene als Vorläuferin einer allgemeinen Reform des Strafrechts anzusehende Strafgesetznovelle neu regelt, gehören auch die geringfügigen Diebstähle und Unterschlagungen. Das bestehende Strafgesetzbuch behandelt den Diebstahl — von manchen Ausnahmefällen abgesehen — mit großer, teilweise sogar rigoroser Strenge. Diese tritt namentlich darin hervor, daß die Verfolgung ohne Antrag des Verletzten eintritt, daß als angemessen nicht Geldstrafe, sondern nur Freiheitsstrafe angesehen wird, und daß neben der Freiheitsstrafe, sofern sie die Dauer von drei Monaten erreicht, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Der dem Richter gebotene Strafmaß ist ein sehr weitgehender; auch bei einfachen Diebstählen (§ 242) kann die Gefängnisstrafe die Höhe von fünf Jahren erreichen. Liegt einer der zahlreichen im § 243 hervorgehobenen erschwerenden Umstände oder wiederholter Rückfall im Sinne des § 244 vor, so bildet die Regelfrist die Zuchthaus von einem bis zu zehn Jahren; nur bei mildernden Umständen kann auf Gefängnis, jedoch nicht unter drei Monaten erkannt werden. Treffen die Erschwerungen des § 243 und des § 244 zusammen, so tritt Zuchthaus von zwei bis zu fünfzehn Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren ein.

Weniger streng tritt das Strafgesetzbuch — abgesehen von dem der landesrechtlichen Regelung überlassenen Feld- und Forstdiebstahl und dem teils straflos gelassenen, teils nur auf Antrag strafbaren Familien- und Hausdiebstahl (§ 247) — nur dem Diebstahl von Genussmitteln gegenüber. Wer Nahrungs- und Genussmittel von unbedeutenden Werte oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrauch entwendet, wird auf Antrag des Verletzten verfolgt, der Versuch bleibt strafbar und die Strafe des vollendeten Delikts ist Geldstrafe bis zu M. 150 oder Haft bis zu sechs Wochen. Uebrigens bleibt der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausgeschlossen.

Ueber die Strenge der Vorschriften des Strafgesetzbuchs, deren Anwendung nicht selten als eine das soziale Empfinden und das Rechtsbewußtsein des Volkes tief verletzende Ungerechtigkeit erscheint, namentlich über die Höhe der für den Rückfallsdiebstahl festgesetzten Mindestbeträge der Strafe, ist schon viel gesagt worden. Es hat lange gedauert, bis man dafür an „maßgebender“ Stelle eines Verständnisses gewann. Jetzt muß die Begründung des Entwurfs selbst zugeben, daß diese Strenge „in der Praxis zu empfindlichen Unzutraglichkeiten geführt hat“. Sie bemerkt dazu:

„Wiederholt ist es öffentlich gerügt worden, daß Diebstähle an Sachen von ganz geringem Werte, auf deren Verlust auf der Belegte kaum irgendwelche Bedeutung legt, mit schweren Strafen belegt worden sind. Nicht selten auch ist in Anbetracht der unbedingten Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zum Eingreifen und der Schranken, die vom Gesetze dem Richter bei der Strafbestimmung gezogen sind, der Vorwurf der Verfolgungssucht, oder der unbilligen Härte erhoben worden.“

Der Entwurf will eine „durchgreifende Reform“ der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs vorbehalten und nur einige Härten, „die in besonderem Maße das Rechtsbewußtsein verletzen“, schon jetzt beseitigen. Es kann nicht vorzukommen, daß die Mängel des geltenden Strafrechts vor allem darauf beruhen, daß es auf den Beweggrund des Täters und auf den Wert des Gestohlenen zu geringes Gewicht legt. Von alters her hat das deutsche Recht bei all seiner sonstigen rigorosen Schärfe in der Entwendung geringwertiger Gegenstände eine unbedeutende, mit leichter Strafe zu ahnende Verfolgung gesehen. In diese, erst vom preussischen Strafgesetzbuch verlassene und auch im geltenden Strafrecht unberücksichtigt gebliebene Anschauung will der Entwurf mit seinen Milderungsanträgen wieder anknüpfen. Die Begründung macht dazu Ausführungen, die im wesentlichen übereinstimmen mit Erörterungen, die seit Jahrzehnten so oft schon von Seiten der Strafrechtsreformer angestellt worden sind, ohne die gebührende Würdigung zu finden. Da heißt es unter anderem:

„Mit Recht berücksichtigt schon der jetzige § 370 Nr. 5 den unbedeutenden Wert des Entwendeten und legt darauf Gewicht, daß der Täter in der Absicht alsbaldigen Verbrauchs des Entwendeten gehandelt hat. Ungerechtfertigt ist aber die Verschärfung des Strafmaßes auf Nahrungs- und Genussmittel. Gleich verdient das hier vorzugsweise in Betracht kommende Motiv von Hunger und Durst oder durch den Mangel solcher Gegenstände hervorgerufene Gelfist in besonderem Maße Berücksichtigung. Aber kaum in minderen Grade ist dies der Fall, wenn es sich um andere Gegenstände des gewöhnlichen Verbrauchs handelt und der Wunsch alsbaldiger Befriedigung des Bedürfnisses den Beweggrund bildet. Es ist der Vollstänkung unverständlich, aus welchem Grunde derjenige, welcher eine kleine Menge Fleisch oder Kartoffeln stiehlt, um seinen und seiner Familie Hunger zu stillen, eine ganz geringe Strafe erhält oder auch, mangels eines Straftrags, straflos ausgeht, während ein anderer, der im Winter zum Schutze gegen die Kälte eine kleine Menge Holz oder Kohlen entwendet, von harter, unter Umständen entziehender Strafe betroffen wird.“

Der Entwurf stellt den Nahrungs- und Genussmitteln andere Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs gleich, und er läßt auch für den Diebstahl von solchen geringwertigen Gegenständen, die nicht dem Verbrauch, sondern dem Gebrauche dienen, unter gewissen Voraussetzungen eine Milderung des geltenden Rechts zu. Ohne Zweifel muß der arme, der in seiner Bedürftigkeit ein Kleidungsstück entwendet, die Mutter, die das Gleiche tut, um ihr Kind vor Kälte zu schützen, davor bewahrt bleiben, mit gemeinen Dieben auf eine Stufe gestellt zu werden.

Die Justizkommission hat heute die zweite und letzte Beratung dieser Materie beendet. Ihre Beschlüsse sind, entsprechend dem Rejultat der ersten Beratung, die folgenden:

Als § 248 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„Wer aus Not geringwertige Gegenstände entwendet oder unterschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu M. 300 oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.“

Diese Vorschrift deckt sich mit der des Entwurfs bis auf die Höhe der Gefängnisstrafe; der Entwurf setzte sechs Monate fest.

Unverändert angenommen wurde die vom Entwurf vorgeschlagene neue Fassung der Nr. 5 des § 370:

„... wer Nahrungs- oder Genussmittel oder andere Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs in geringer Menge oder von unbedeutenden Werte zum alsbaldigen Verbrauch entwendet oder unterschlägt.“

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.“

Als neuen Paragraphen (264 a) fügt die Kommission ein:

„Wer aus Not sich oder einem Dritten geringwertige Gegenstände zum Schaden eines andern durch Täuschung (§ 263) beschafft, wird mit Geldstrafe bis zu M. 300 oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.“

Hier haben wir es zu tun mit einer neuen Anwendung des Vertragsbegriffes, die eine Abmilderung des geltenden Rechts in sich begründet. Jetzt kann nach § 263 auch der, welcher aus Not geringwertige Gegenstände durch Täuschung sich oder einem Dritten beschafft, mit dem Höchstmaß der Gefängnisstrafe und daneben mit Geldstrafe bis zu M. 3000 sowie mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden. Die Verfolgung auf Antrag geschieht nur, wenn der Betrag gegen Angehörige, Vormünder oder Erzieher begangen wird. In allen andern Fällen bedarf es eines Antrages nicht. Wäre es nach den Wünschen und Vorschlägen der sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission gegangen, so würde dieses Stück Reform ein viel gründlicheres und umfassenderes geworden sein. Sie hatten unter anderem auch eine Abänderung der Nr. 4 des § 361, betreffend die Beteteile, beantragt dahin, daß der aus Not erfolgte Bettel sollte straflos bleiben können. Der Zentrumsgewählte Gröber ging auf die Tendenz dieses Vorschlages ein, indem er beantragte, zu setzen: „Wenn das Betteln in unererhöhter Notlage erfolgt, tritt Straflosigkeit ein“, eventuell: „Hat der Täter in einer Notlage gehandelt, die nicht auf Arbeitslos oder Lüderlichkeit zurückzuführen ist, so kann von Strafe abgesehen werden.“

Diese sämtlichen Anträge wurden — die Gröberischen mit

einer Stimme Mehrheit — abgelehnt, obwohl die Vertreter aller Parteien und auch die der Regierung anerkennen mußten, daß sie einen berechtigten Kern haben. Die Mehrheit glaubte in Übereinstimmung mit den Regierungsvertretern die Abänderung der Bestimmungen über Betteln der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs vorbehalten zu müssen. Aber wenn es sich dem schon um ein „Notgejetz“ handelt, das nach seiner Begründung Härten, die in besonderem Maße das Rechtsbewußtsein verletzen, beseitigen will, so hätte man unseres Erachtens vor der Beteteile nicht Halt machen dürfen. Denn die vom Rechtsbewußtsein empfundenen und beurteilten Ungerechtigkeiten, welche die Straftat, tagtäglich in vielen Hunderten von Fällen an armen, unglücklichen Menschen begeht, die zum Bettel gezwungen sind durch die äußerste Not, sind wahrlich nicht geringer, als die, welche wegen geringfügiger Diebstähle und Unterschlagungen erfolgen. Deshalb die strafrechtliche Würdigung der Notlage, die man dem gewährt, der geringfügige Gegenstände entwendet oder unterschlägt, dem Bettel noch länger vorzuziehen? Wir geben zu, daß eine gründliche Neuordnung der strafrechtlichen Behandlung des Bettels ihre Schwierigkeiten hat, ebenso wie die des Diebstahls usw. Aber um solche Neuordnung handelte es sich bei den erwähnten Vorschlägen ja gar nicht, sondern nur darum, den äußersten Ungerechtigkeiten, zu welchen das geltende Recht die Justiz zwingt oder verleitet, zu begegnen. Ein sich abführender Grund für die Ablehnung der darauf gerichteten Anträge ist in der Kommission von keiner Seite beigebracht worden.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 1. März.
 Als erster Punkt stand auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages: Präsidentenwahl. Der Wahltag nahm nur wenige Minuten in Anspruch, da gegen den Vorschlag des Freiherrn v. Hertling vom Zentrum, die Wahl des Präsidenten durch Affirmation vorzunehmen, von seiner Seite Widerspruch erhoben wurde. Der von den Konserverativen präferierte Kandidat, der ja schon am Tage des Ablebens des Grafen Stolberg als Vizepräsident gewählte Graf Schönerling, wurde ebenfalls als gewählt proklamiert. Der neu gewählte Präsident verband mit einem kurzen, einfachen Dank für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen das von ihm selbst als selbstverständlich erachtete Versprechen, seines Amtes treu und gewissenhaft und ohne Ansehen der Person und Partei walten zu wollen, daran die Bitte knüpfend, ihn in diesem Bestreben zu unterstützen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Etat des Reichsanwesens des Innern übergehend, erhielt zunächst der Senat des neu gegründeten Bauernbundes, Dr. Böhm, ehemals Mitglied des Bundes der Landwirte, das Wort. In seiner fast einundzwanzigstündigen Rede polemisierte der Redner sowohl gegen den Bund der Landwirte, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen Anschauungen Gotheins in Rücksicht auf die Landwirte, hielt es aber ebenso wenig nötig wie der ihm folgende nationalliberale Redner Fußmann, sich um den auf der Tagesordnung stehenden Punkt: Gehalt des Staatssekretärs, zu kümmern. Fußmann folgte den Spuren seines Parteigenossen Wadroit de Werte und geriet in dem Dr. Böhm'schen Rednervortritt, aber nicht wegen seiner Bundespolitik, sondern nur wegen der ungelassenen Agitation, die in neuester Zeit ihre Spitze gegen den Bauernbund richtet, wie auch gegen die freihändlerischen

Milhorn (Wp.): Um der prekären Lage der Hochseiferei abzuheben, hat man eine Erhöhung des Heringsolles vorgeschlagen; aber einer Verringerung eines solchen Volkswirtschaftsmittels können wir nicht zustimmen. Dagegen findet die vorgeschlagene Ermäßigung der Eisenbahntarife für deutsche Seefische unsere Billigung.

Feiler (Wp.): Die Stärkung der Heringsflotte würde sowohl die Hochseiferei wie die Binnenflotte fördern, denn ein Zweig der Flotte hebt und nützt den anderen. Man sollte versuchen, das Publikum an den Genuss der Seefische zu gewöhnen und dadurch den Konsum zu heben.

Samt schlägt die Diskussion; der Titel wird bewilligt, in die Resolution wird unter Ablehnung eines freizügigen Abänderungsantrages, welcher statt „für deutsche Seefische“ lesen will „für Seefische von deutschen Häfen aus“ angenommen.

Beim Titel „zur Einmündung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Volkswirtschaftsverbände mit Ostasien und Australien, M. 180 000“ befragt.

Dr. Görde (Wp.) die Bebrückung kleiner Dampfergesellschaften durch die großen.

Direktor im Reichsamt des Innern de Jouxville berichtet, daß die Subventionierten Gesellschaften sich an dieser Bebrückung der kleinen beteiligen.

Der Titel wird bewilligt. **Beim Titel** „Kassen der Maßregeln gegen die Reklamationen, M. 100“ befragt.

Dr. Dahle (Wp.) eine Abänderung des Reklamationengesetzes, das eine zehnjährige Nachzahlung von Reklamationen befreit, aber die Bestimmung, ohne daß eine Entschädigung gewährt wird. Dies letztere sei unbillig. Auch müssen bei der Feststellung des Schadens die Geschädigten gehört werden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Beitrag des Reichs zu den Kosten der Zentralstelle für Volkswirtschaft, M. 10 000“ befragt.

Prinz zu Schwind-Garolath (Wp.) die Organisation und Aufgaben dieser im Jahre 1906 gegründeten Zentralstelle und bittet, für das nächste Jahr eine Erhöhung der Beiträge in Aussicht zu nehmen.

Dr. Pieper (Wp.) rühmt die Tätigkeit der Zentralstelle, namentlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge; leider reichen ihre Mittel nicht und deshalb wäre es erwünscht, im nächstjährigen Etat die Beiträge des Reichs zu erhöhen.

Dr. Müller-Meinungen (Wp.): Die Art, wie die Zentralstelle den Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur führt, ist keineswegs tadellos. Durch Hebung der Volksbibliotheken und durch körperliche Ausbildung der Jugend in der Zeit der Pubertät, also durch Unterweisung der Sport- und Turnbewegung, kann dieser Kampf energischer geführt werden. Die Propaganda bekämpfen wir ebenso stark wie das Zentrum. Aber im Gegensatz zum Zentrum halten wir dazu unsere Strafgesetze für ausreichend. Vielleicht noch wichtiger als die Bekämpfung der Schundliteratur ist die der Schundliteratur, die unsere Jugend geradezu zu Verbrechen anreizt. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Auf diesem Gebiete eröffnet sich der Zentralstelle für Volkswirtschaft eine neue Aufgabe. Aber ihr Beitrag muß dann anders als in der jetzigen einseitigen Weise zusammengefaßt werden, wo kein Künstler, kein Schriftsteller, kein Mitglied der Presse in dem Beitrage liegt. Privatvereine, welche die Schundliteratur bekämpfen, sollten ohne politische und religiöse Tendenz unterstützt werden. Die häufige Traktatliteratur ist nicht gelimite Kraft für das Volk, sondern führt es gerade wieder zur Schundliteratur zurück. (Wahr! bei den Freisinnigen.)

Dr. Veit (Wp.) empfiehlt die Gründung einer Nationalbibliothek für Deutschland; das gewaltige Bildungsmittel des Theaters müsse vom Staat ebenfalls gefördert werden wie Schulen und Universitäten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Schundliteratur werden wir erst zum Ziele kommen, wenn alle religiösen, sittlichen und ästhetischen Kräfte der Nation mobil gemacht werden. (Wahr!) Aber das Reich kann auf diesem Wege nicht gut anders vorgehen als, mit Unterstützung solcher Institute, wie es die Zentralstelle für Volkswirtschaft ist, die keineswegs ein Staats- oder Reichsinstitut ist oder werden soll.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel Bundesamt für Heimatwesen begründete **Franz-Rathor (Wp.)** die Resolution des Zentrums auf das Verbot des Bandenwesens im Inneren des Reiches.

Brühne (Wp.): Man soll nicht nach der Polizei rufen, namentlich nicht bei uns in Preußen. (Gehtert!) Das Heimatsrecht ist völlig ungenügend und das Reiches unbillig.

Graf Carner-Hierwitz (Wp.): Das Heimatswesen ist unerschöpflich und die beherrschenden Maßnahmen sind ungenügend. Wir müssen verlangen, daß endlich hier Wandel geschaffen wird. Die Resolution wurde angenommen.

Nach debattierter Erledigung einiger weiterer Kapitel wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt, außerdem Martinstag. **Schluss 8 Uhr.**

Preussisches Abgeordnetenhause.

Mittwoch, 2. März, mittags 12 Uhr.

Im Ministerisch: Sadow.

Die zweite Lesung des Vergütungsgesetzes wird fortgesetzt.

Sandelsminister Sadow: Eine Denkschrift über die Unterbindung des Radbodungsgeldes vorzuliegen wird erst möglich sein, wenn die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen ist. Die Entschärfung der Grube ist beendet, man ist jetzt bei der Aufklärung der dritten Sohle. Die Schwierigkeiten, die den Aufbaumensarbeiten entgegenstanden, waren sehr groß. Eine seitlang mühsam die Arbeiter in der Grube wieder damit eine Abfüllung der Sohle eintrauf und seine neue Schichten abzufüllen. Von den Leiden sind bis jetzt 128 abgegangen, etwa 3 über 170 sind noch zu bergen. Die Bergpolizeibehörde hat sich mit großer Sorgfalt der Hebung der Arbeiter bemerkt. Der Referent des Handelsministeriums ist selbst sechs mal in der Zeit in die Grube eingestiegen, der Bergwerksrat am 200 Mal. Die Bergbehörde hat die Verwaltung der Grube ergriffen, jedesmal einen Arbeiter zur Befahrung der Grube mitzunehmen. Es sind zwei Bergleute auf Veranlassung der Regierungspräsidenten zugezogen worden, später hat der Knappschaftsvorstand die Entsendung weiterer Arbeitervertreter abgelehnt, aus welchen Gründen, weiß ich nicht. Der Knappschaftsvorstand ist in folgenden Verhältnissen selbständig, eine Einmündung der Bergbehörde auf ihn ist nicht möglich. Was die Ursache der Explosion anlangt, so sind sechs Gründe hier nur in geringem Maße gefunden worden. Vielleicht aber findet die Explosion in einem anderen Umfange ihre Erklärung. Es haben sich in der zweiten Sohle zwei parallel laufende Spalten von etwa 20 m Länge gefunden, die vorher nicht vorhanden waren. In der sozialdemokratischen Presse ist das ironisiert worden: „Man hätte man mit einem Male einen Anhalt, die Katastrophe auf elementare Einwirkungen zurückzuführen und die Verwaltung würde sein da.“ Demgegenüber stelle ich fest, daß wir durch eifrige Vernehmungen die Wahrheit festhalten versucht haben. Wenn Vergleute und ein Arbeiter haben behauptet, daß sie die Spalten vor dem Unglück nicht bemerkt haben, aber bemerkt haben müssen, wenn sie vorhanden gewesen wären. Anderwärts sind fünf vorgekommen, um große Mengen von Wasser aus solchen Spalten ausgeströmt waren. Im Reichstags ist von Abg. Schöde schon berichtet worden, die Bergverwaltung habe dem Reichshauptamt folgende die Genehmigung zur Ausfüllung über das Radbodungsgeld in dem Verbleibungsprozess gegen die „Bergarbeitergewerkschaft“ nicht erteilt, wo es sich um die energetische Hebung eines Direktors handelte: „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus.“ Die Sache liegt so: der Arbeiter hätte die Frage, die sich auf die Ursache des Radbodungsgeldes bezog. Golländer war der Meinung, er hätte nur die Genehmigung von der Bergbehörde, über den Gegenstand der Verbleibungsfrage auszusagen — das soll sein Wortwort gegen ihn sein — während das Obergericht die Genehmigung im weiteren Sinne hatte geben wollen. Das Gericht hat übrigens die Frage als unerschöpflich abgelehnt. Was die Frage anlangt, ob noch Arbeiter hätten getötet werden können, so ist dafür von Interesse, daß die Leichen, die bis jetzt gefunden sind, mit Ausnahme von Arbeitern, die beim Transport beschädigt waren, an ihrer Arbeitsstelle in der Grube gefunden worden sind, in der sie gearbeitet hatten, zum Teil hatten sie noch das Werkzeug in der Hand, so daß man annehmen muß, daß der Feuertod der ersten Explosion sie sofort getötet hat und daß von ihnen keiner mehr hätte getötet werden können. Um die Wiederholung ähnlicher Unglücksfälle zu vermeiden, sind eine Reihe von Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So ist überall die Benutzung elektrischer Lampen vorgeschrieben, es müssen Vorrichtungen stattfinden sowie eine stärkere Verteilung. Die ausgetretenen Wetter werden analysiert auf ihren Gehalt an Grubengas. Um den Kohlenstaub zu vermeiden, soll das Wasser mit kaltem Wasser eingeführt werden. Die Untersuchung wird auch weiter mit großer Unparteilichkeit geführt werden, wenn die Verwaltung bei keine anderen Interessen, als die Ursache des Unglücks klarzustellen. — Was die Frage der staatlichen Vergütung der Arbeiter anlangt, so sind die 1906 gegen 1907 durchgeführten Gesetze, in Oberflächten am 28. im Oberberg am 21. In Dortmund ist ein Mitglied von M. 18, im Saarberg von M. 3 zu vergleichen, also ein kaum nennenswerter Mitglied. Die Tatsache, daß trotz der Lohnsteigerung 1906/07 bei der darauf eintretenden allgemeinen Deregulation kein Mitglied der Durchschmittelschicht zu erkennen ist, ist immerhin ein recht günstiges Ergebnis. (Sehr richtig! rechts.) Was die Frage anbelangt, ob es berechtigt ist, für eine Erhöhung der Löhne zu sorgen, so bemerke ich dazu: die Verwaltung der Löhne richtet sich bei einer Staatsverwaltung auch nach der allgemeinen Normierung. Die Löhne sollen erhöht werden, das wäre unbillig, wenn die Löhne nicht in einer sehr schmerzhaften Lage bringen. (Sehr richtig! rechts.) Das Wort von dem „Musterbetrieb“ wird oft in einem Sinne angewandt, den

es nach der Absicht dessen, der es geprägt hat, nicht haben sollte. Unter einem „Musterbetrieb“ versteht man einen Betrieb, der innerhalb der Grenzen der Wirtschaftlichkeit alle humanen Bedürfnisse gelten läßt. (Sehr richtig! rechts.) Das Wort wird aber häufig so angewandt, als ob darunter ein Betrieb zu verstehen wäre, der den Arbeiter so viel zahlt wie irgend möglich. Herr Leinert hat dann die Frage der Behandlung der Arbeiter gestellt und einen Fall angeführt, den er für typisch erklärte. Die Hebung, zu der sich der betreffende Betriebsrat in Altena gegenüber dem Arbeiter, der ihn nicht geliebt, hinrichten ließ, ist genau so missig, aber der Arbeiter, um den es sich handelt, ist bereits wiederholt wegen Mißhandlung, einmal mit dem Messer, bedroht worden und hat sich überhaupt als gewalttätige und auffällige Natur erwiesen, so daß der Direktor eine entsprechende Prozedur annehmen konnte. Im übrigen kann die Staatsverwaltung natürlich nur wünschen, daß die Arbeiter durch ruhige, ernste Menschenfreundlichkeit zur Erfüllung ihrer Pflicht von den Vorgesetzten angehalten werden. Was den Antrag von Orgmann anlangt, so wären zu seiner Ausführung eine Menge Bedenke notwendig. Man wünscht doch nicht immer eine Verminderung des Beamtenheeres. Auch sehr launisch wäre ein solches Vorgehen nicht, und wir wollen doch den Betrieb launisch gehalten. Der Erfolg der Maßnahmen hängt nicht im Verhältnis zu der Arbeit, die sie machen würden, der Effekt würde nur sein, daß die Arbeiter nur Vergleute zwischen jedem einzelnen und jeder einzelnen, so daß die Arbeiter und jeder Unterschied von einem Menschen zum anderen, einer eingehenden Landtags- oder Reichstagsrede gemacht werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie jetzt bei den Beamten!) Da also der Antrag sachlichen Interessen nicht dient, bitte ich das hohe Haus, durch Ablehnung des Antrages die Staatsregierung mit dieser Aufgabe zu versehen. (Wahr! rechts.)

Koranyi (Wp.) fordert Sicherung der geheimen Wohl der Arbeiter und größeren Einfluß der Arbeiter auf die Grubenkontrolle; dadurch würde die Zahl der Unfälle sich vermindern. Weiter kritisiert er die weiteren das Verhalten der staatspolitischen gegenüber den politischen Vergleuten und protestiert gegen das Telegramm des Reichsanwalts an den „Deutschen Tag“ in Karlsruhe.

Imbich (Wp.): Der Antrag Vorkmann nennt offene Türen ein. Herr Leinert bezeichnet sich als Arbeiter und vertritt uns „Menschen“ nicht, sondern schmeißt er, wir seien gegen den Willen der Parteileitung in den Landtag gekommen. Darin liegt ein Widerspruch. Also mit der Wahrheit und Recht steht Herr Leinert auf gespanntem Fuß. Aber nun sind wir doch einmal hier und müßten uns doch als Arbeiter unterziehen; hat denn er nicht gerade uns hier auf das heftigste an. (Sehr gut! im Zentrum.) Aus dem anderen Teil der Rede des Herrn Leinert waren deutlich die Spuren des Herrn Zue zu merken. Ueber Herrn Zue hat der jetzige Redakteur des „Vorwärts“, Dümel, geschrieben: „Er ist absolut nicht wählbar in der Wahl der Mittel, wenn sie nur seinem Zue dienen.“ Diese Eigenschaft scheint fast auf Herrn Leinert abgefaßt zu haben. Herr Zue hat es auch mit seiner Moral vereinbar gefunden, in öffentlicher Versammlung auszugeben, daß aus dem Nachlaß eines Führers der sozialdemokratischen Partei befindet. (Gut! im Zentrum.) Herr Leinert wagt dem Zentrum auch keine Haltung bei der Vergütung zu geben, sondern er will, daß die Kommission unteren Antrags sich ausnahmslos zugimmt, ebenfalls im Zentrum. (Wahr! rechts.) Nachdem Sie unteren abgelehnt hatten! Das 30000 Mark-Flugblatt ist in der „Reinischen Zeitung“ in Köln gedruckt. (Gut! im Zentrum.) Abg. Leinert: (Präsidentenruf!) Vor Bericht ist sehr wichtig, daß ein Redakteur der „Reinischen Zeitung“ das Flugblatt vor dem Druck gelesen hat. (Gut! im Zentrum.) Die öffentliche Erklärung, daß das Flugblatt von einem Vorstandmitglied des arbeiterlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter verbreitet sei, hat Herr Zue nicht erlassen, als ihm das Gegenteil bekannt war. (Gut! im Zentrum.) Warum hat man Spanien nicht gefragt, wer denn das arbeiterliche Vorstandmitglied war, das ihm den Text des Flugblattes mitgeteilt habe? Darüber hat man noch nicht etwas gehört. Die Aussagen in dem Prose beweisen, daß Mitglieder des Bergarbeiterverbandes hinter dem Flugblatt standen. (Wahr! rechts.) Das Urteil hat Herr Zue nicht abgelesen. Es wird in ihm auch ausgesprochen, daß Herr Zue das Flugblatt nicht denkwürdig genug zur Veröffentlichung hat. Wenn die Sozialdemokratie sich immer als arbeiterliche Partei der Arbeiter aufspielt, erinnert ich daran, daß Gebote die für die Bergarbeiter gemacht wurden, vom Vorstandsmitglied 1905 den arbeiterlichen Revolutionären gegeben wurden. (Gut! im Zentrum.) Ferner, daß als die sozialdemokratische Intention über das Vorwurfsurteil auf der Tagesordnung stand, die Sozialdemokraten so wenig sachlich vertreten waren, daß die notwendigen Stimmen zur Unterbindung des Antrags auf Verprechung der Intention nicht zusammenkamen. Als das auf dem Parteitag gerügt wurde, tabelte Herr Zue den Delegierten, der mit dem Berufungssystem nicht einverstanden gewesen war. Eine Partei, die solche Sünden auf dem Kerbholz hat, darf dem Zentrum keinen Beistand machen. (Sehr richtig! im Zentrum; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum wird fortgesetzt von der Sozialdemokratie in unerschöpflicher Weise verächtlich, aber die Wahrheit und Gerechtigkeit wird schließlich doch siegen. (Wahr! im Zentrum.)

Schmidling (Wp.): Interessant ist, daß der Zentralarbeitsnachweis in der Debatte gar nicht erwähnt worden ist. Das beweist wohl, daß die Arbeiter allmählich sich mit dieser Einrichtung zufrieden stellen. Weiter polemisiert er des weiteren gegen die neulichen Angriffe des Abgeordneten Gronowski. Die arbeiterliche Melancholie ist ein Monopol des Zentrums. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr Gronowski hat ganz im sozialdemokratischen Ton gegen uns gesprochen, und Freilich v. Sprenger hat mit Recht einmal gesagt: Vom sozialdemokratischen Ton zur sozialdemokratischen Schminke ist nur ein Schritt. (Gehtert! und Wahr! bei den Nationalliberalen.)

Ohling (Wp.): Man sollte für solche parteipolitischen Debatten besondere Tage ansetzen und nicht die Reformintention dabei bemühen. (Sehr gut! links.) Die Tatsache, daß solche Debatten in diesen Tagen hier sowohl wie im Reichstage stattgefunden haben, beweist jedenfalls die Unrichtigkeit der Worte des Herrn Reichsanwalts, daß gerade das demokratische Wahlrecht zu einer Verlagerung des Wortes; arismus führe. Es war hier genau so wie im Reichstag. (Sehr richtig! links.) Der Reichsanwaltsnachweis ist ebenfalls deshalb nicht erwidert worden, weil wir uns vorerst die Unterredung darüber gebildet haben. Ich nehme an, daß die Regierung nach wie vor dieser Frage volle Aufmerksamkeit widmet. Der Ausgang des Bergwerks „Wiederbetriebs“ kam ich dem Herrn Staatssekretär nicht zustimmen. Ebenfalls ist doch für einen Arbeiterbedingung, aber er auch in Bezug auf die Löhne an der Spitze vorzuführen. Wenn immer von einem Sinken der Löhne die Rede ist, so kann das leicht mißverstanden werden, wenn nicht auch betont wird, daß die Schwere der Arbeit bedeutend zugenommen hat. Daraus kann keine Rede sein, daß die Arbeiter nachlässiger in ihrer Arbeit geworden wären. Weiter bittet die Regierung, die Hebung der Bodenschätze in Dippenschen und Polen im Interesse der Industrialisierung des Ostens zu fördern. (Wahr! links.)

Dr. Volkmann (Wp.) weist die neulichen Angriffe des Abg. Gronowski auf die Nationalliberalen zurück. Ein Zentrumslid hat sich sehr getraut, bei der Debatte des ersten Solches weiteres Kronprinzen seinen Leuten voranzutreiben, die Solches des Kronprinzen hätte erst bemerkt, weil wir uns vorerst die Unterredung darüber gebildet haben. Wenn Herr Gronowski das so geschändete Bild von dem besorgenen Wibel und gegenüber amantide, so kann ich für das Zentrum nur das Bild der Hamweiber gebrauchen, wie ihr Verhalten nicht und spricht, so springt die ganze Herde. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) (Lärm im Zentrum.) Um allgemeinen kann ich in das harte Urteil des Herrn Leinert über das Zentrum nicht einstimmen. Aber darin hat Herr Leinert recht: die charakteristische Eigenschaft der Zentrumspartei an herberhalb dieses Hauses ist Mangel an Wahrschaffigkeit. (Beifall Zustimmung links.) Ich erinnere die Konventionen an das Wort v. Treitschke: „Jeder Bundesgenosse des Ultramonarchismus ist am letzten Ende der Betrogene.“ (Lärm im Zentrum; sehr gut! links.)

Gronowski (Wp.): Das Zentrum hat demselben Nationalgesetz wie die Nationalliberalen. Entgegnungen kommen auf beiden Seiten vor. Hat doch ein führendes Organ der Nationalliberalen einmal mit einer Resolution des monarchistischen Bewusstseins gedrückt. (Gut! im Zentrum.) Was die Ausführungen des Herrn Leinert über die Wahl in Dortmund anbelangt, so hat mir der Vorsitzende der Zentralarbeitskommission der Zentrumspartei für Dortmund mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Parteileitung von Dortmund-Land an das Zentralarbeitskommission in dem von dem Abgeordneten Leinert angeführten Sinne geschrieben hat, daß aber durch die auf dieses Schreiben wieder schriftlich nicht mündlich, direkt oder durch das Telefon eine Antwort gegeben worden ist. Es ist dies nicht nur darüber bekannt, daß die Zentrumspartei oder eine von ihnen beauftragte Person ein Abkommen getroffen oder eine solche Zusage gegeben hat. Ich erkläre deshalb die Behauptung des Herrn Leinert für unzulässig. Also da ist und ist (zu den Sozialdemokraten) Wärdchen zerkümmert. (Gelächter und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Volkmann erwidert, daß, daß jeder Zentrumsanhänger für seine Glaubensart und seine Liebe zu Kaiser und Vaterland bereit ist, alles hinzunehmen. (Wahr! im Zentrum.)

Stenogramm wird ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag Vorkmann (Wp.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Entnahmen werden bewilligt.

Leinert (Wp.): Herr Gronowski behauptet, daß das, was ich gestern über das Zentrumslidkommission in Dortmund ausgesprochen habe, unzulässig sei. Der betreffende Vorsitzende des Zentrumslidkommissionen hat am 12. Juni an die sozialdemokratische Partei geschrieben, daß er in eine Schwabacherbörse anwesende. (Wahr! links.) Zu habe erklart, daß das Zentrum, das am 15. Juli von uns dem Zentrumslidkommissionen zugehört worden ist, eine schriftliche Antwort nicht eingegangen ist, daß aber an Wahltag morgens telephonisch mitgeteilt wurde, daß für die Parteileitung (Gehört!) in unsere Verhandlungen zu triffen. Diese Tatsache bleibt wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In einer Zeit weiterer persönlicher Bemerkungen zwischen Nationalliberalen und Zentrum bemerkt:

Barthel (Wp.): Der sozialdemokratische Staatssekretär hat die Nationalliberalen als Bundesbrüder der Sozialdemokraten bezeichnet.

Wirth (Wp.): Dieser sozialdemokratische Staatssekretär war ich. Ich erkläre dem Vorkreditor gegenüber, daß das Wort „Bundesbrüder“ nicht unbillig und nicht gemein war. (Lachen im Zentrum.) Jeder vernünftige Mensch muß das von selbst einsehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es geht aus dem denographischen Bild bei den Ausführungen. Es glaudt, es ist überflüssig, zu betonen, daß wir die Nationalliberalen genau so als unsere Freunde betrachten wie das Zentrum. Es war uns nur nicht möglich, beide Parteien an einem Tage zuzuschlagen. (Gehtert! und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Verhandlung. **Schluss 5 Uhr.**

Neueste Nachrichten.

Telegramme des Wolffschen Bureaus.

Berlin, 2. März. Subjektionskommission des Reichstages. Bei der Beratung des Etats für Klauhschou regte ein Sozialdemokrat die Verabredung der Zahl der Delegation an. Der Staatssekretär erklärte, die Verabredung sei im Reichstage im Einvernehmen mit der Marineverwaltung festgelegt. Eine weitläufige Delegation würde in Ostasien zu aufgeführt werden, als wollten wir uns zurückziehen. Gegen in China einwirkende Unruhen reiche die Delegation vollkommen für den Schutz der Kolonie aus. Die Verabredung sei über eine Minderleistung auf unsere Stellung im wirtschaftlichen Leben Ostasiens aus.

Berlin, 2. März. Die Justizkommission des Reichstages lehnte nach lebhafter Debatte den Verteidigungsparagrafen nicht den dem vorliegenden Antrage ab, so daß es nach den Kommissionsbeschlüssen bei dem bisherigen Rechtszustand bleibt.

Berlin, 2. März. Die Subjektionskommission des Abgeordnetenhauses legte heute bei der Beratung des Budgets die Maßgebungen über den Titel 28, Was einer Schatzkammer auf Selgolland, behufs erneuter Verhandlung mit dem Reich zur Verfügung stellen. Die Petition der Handelskammer in Berlin zur Verbesserung der Häfen und Wasserführung des Bezirks Altona wurde der Staatsregierung als Material überreicht.

Berlin, 2. März. „Dorek“ ist zur Exzentrische am 1. März von Konstantinopel nach Smyrna gegangen. „Sperber“ ist am 1. März in Auala (Kamerun) eingetroffen und geht am 6. März von dort nach Kibrevie (Französisch-Kongo).

Frier, 2. März. (Antliche Meldung.) Heute vormittag 10 Uhr ließ der König D-3ug 156 von Wismar auf zwei Leier Waagen. Der D-3ug wurde nach Neustadt zurückgeführt. Beide Gleise waren nach 78 Minuten wieder frei. Der Materialschaden ist unbedeutend. Personen sind nicht verletzt. Der D-3ug fuhr mit 78 Minuten Verspätung weiter.

Berlin, 2. März. Antliche Meldung. Um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags fuhr auf dem Angerbrunnhof Wismar ein einfarbender Güterzug einem anderen in die Hände. Es erglanten zehn Wagen, wodurch die Einfahrtstraße nach Berlin gesperrt wurden. Personen sind nicht verletzt. Der Materialschaden beträgt einige tausend Mark. Die Dauer der Sperrung des Güterverkehrs ungefähr 4 bis 6 Stunden. Der Personenverkehr ist nicht gestört.

Darmstadt, 2. März. Die zweite Kammer ist heute vormittag wieder zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Staatsminister Dr. Guald die Veränderungen im Ministerium mit und stellte den neuen Minister des Innern, Freiherrn Homberg zu Nach, vor. Er gebot sodann in warmen Worten der Verdienste des früheren Finanzministers Gnauch und brühte sein Abtreten aus, daß dieser angesichts der finanziellen Lage gelobt habe, aus Amt zurückzutreten zu müssen. Es sei zu hoffen, daß es in Zukunft gelinge, unter Bekämpfung der Bedürfnisse des Gleichgewichtes im Staatshaushalt wiederzugewinnen und zu einer der Zeitverhältnisse angepaßten härteren Schuldenpolitik zu gelangen. Der Minister des Innern erklärte sodann, er sei sich der schweren Verantwortlichkeit der ihm gestellten Aufgaben voll bewußt und werde bemüht sein, die guten Beziehungen der Kammer, die unter seinem Vorgänger bestanden hätten, allseitig zu pflegen und fortzusetzen.

Wien, 2. März. Abgeordnetenhause. In der ersten Lesung des Budgets betonte Ministerpräsident v. Bienerich zunächst die bringende Nothwendigkeit, die finanzielle Finanzgebarung auf die Grundlage des endgültigen Voranschlags zu stellen. Hinsichtlich der Absichten und Ziele der Regierung für die nächste Zukunft betonte der Ministerpräsident, die Regierung werde, selbständig an den wiederholt vorgelegten Grundrissen zu bestehen. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem der Alters- und Invalidentversicherung hin, sowie auf die Nothwendigkeit, die Budgetstelle einseitig durch Verneuerung der Einnahmen, andererseits durch Erparnisse zu decken. Insbesondere werde eine entsprechende Reorganisation der Staatsverwaltung durchgeführt werden müssen. Hierbei behalte die Regierung sich vor, auf die wiederholt angeordnete Vereinfachung der Verwaltung die berechtigten Ansprüche der Volkswirtschaft abzuwenden, jedem einseitigen Parteieinfluss entgegenzuwirken und die sich in dem nationalen Interesse in Wöhen gezeigt, so wichtige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten begannen, zu erhalten und zu verneuern. Sie erachte auch den mit letzterer Einmütigkeit eingeleiteten nationalen Ausweis des Abgeordnetenhauses getreulich, durch eine nützliche Bewertung des ihm vorliegenden reichlichen Arbeitsmaterials, insbesondere der fernwegweis unbedingten nationalen Regierungsvorlagen, die Voraussetzungen für eine dauernde ungehörte Tätigkeit an den parlamentarischen Stellen zu schaffen. In Bezug auf die organisatorischen Aufgaben des Hauses wies der Ministerpräsident auf das Problem

Grund und Boden hierzu ist von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Ausbau der Straße soll nach in diesem Frühjahr geschehen. Die Einbürgerung der von der Hamburger Grenze bis zur Kriegerstraße, soll zweigleisig ausgebaut werden. Es soll aber so lange damit gearbeitet werden, bis die Straße reguliert wird. Der Verlängerung des Verkehrs mit der Stadt Altona über Ausübung der polizeilichen Funktionen in der hiesigen Gemeinde wurde zugestimmt. Die Regierung hatte einige Änderungen des Bebauungsplanes vorgelegt; nachdem die Baukommission sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, wurde von der Kommission empfohlen, dem Vorhaben der Regierung zuzustimmen, was jedoch, wenn auch die von der Regierung beschlossenen werden, den Grenzen auszubauen; die Herren Zimmermann und Wolf weigern sich aber, das nötige Terrain herzugeben. Da die Gemeinde jedoch Hamburg gegenüber verpflichtet ist, wurde beschlossen, das Enteignungsverfahren gegen beide Besitzer einzuleiten. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war, wurden die weiteren Punkte von der Tagesordnung abgelehnt. Der Vorsitzende machte noch Mitteilung über den Bescheid des Kreisaußschusses, wonach die Beschiebung an den Bezirksauschuss in der Eingemeindungsangelegenheit wegen Fristverletzung verworfen ist. Es wurde beschlossen, Beschwerde gegen den Bescheid einzulegen. Hierfür wurde in nächstfolgender Sitzung über Personalsachen verhandelt.

Wandsbeck und Umgegend.

Gemeinschaftliche Sitzung der hiesigen Kollegien am 1. März. Die Staatsberatung dauerte am ersten Tage bis 11 1/2 Uhr. Oberbürgermeister Rauch erläuterte zunächst den Bescheid, betonte, daß aus all den bekannten Gründen es schwer falle, das nötige Gleichgewicht herzustellen. Obwohl die neue Grund- und Gebäudesteuer voraussichtlich mindestens 495 000 einbringen werde, reichte dies nicht zur Deckung der Ausgaben, weshalb eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Klasse 1 und 2 von 100 auf 200 pSt., der Einkommensteuer von 150 auf 100 pSt. vorgeschlagen sei. Erörterte sei, weshalb die Grundsteuer die Einkommensteuer übersteigt, weshalb die Steuerlast bei weitem nicht aufwäge, was sie an Armen und Schulden verursacht. Auf eine mögliche Einkommenserhöhung oder sei die Bevölkerung langsam, zumal Hamburg noch stärker zugenommen habe. (Hamburg um 1/2 Wandsbeck eventuell um 1/3). Die ganze Entwicklung — das Wachstum — werde auch nachher eine Nachbesserung von 12 000 fordern — treibe gewissermaßen zu einer Steuererhöhung. — Stadtvorordnete Sprengel sah seine vorgeschlagene Vorarbeiten, zur Zeit der Sitzung wohl schon verbotenen gedruckte übliche Entwürfe ab, die auf die Empfehlung der „Sparpartei im Kleinen“, Unterlassung notwendiger Dinge — siehe Wandsbeckanfall — und Zurückweisung des Vorwurfs der „Kleinheitskrankheit“ hinausläuft. Bezugs Finanzminister v. Rheinbaben, Reichsausschusssekretär Endow und Bürgermeister Endemann-Viel sagten denselben Grundgedanken, und das Stadtvorordnetenkollegium übernahm die Angelegenheit. Seitdem haben mehrere dann verabschiedete Vorläufe. Die übermäßigen Nachforderungen müßten vermieden werden; namentlich beim hiesigen Krankenhause treffe dies zu. Seine Kollegen hätten die Ansicht, die Einnahmen an mehreren Stellen zu erhöhen und die Ausgaben zu vermindern, um etwa 25 000 zu ersparen. Die Ausgaben für die neue Erhöhung der Einkommensteuer! Einer solchen würden die Stadtvorordneten, die der Heraushebung der Gewerbesteuer und der Verpflegung für das Krankenhaus sowie den Sägen von 5 pro Mille für Gebäude und 3 pro Mille für unbedeutende Grundstücke beizupflichten geneigt seien, nicht zustimmen. — Stadtvorordnete v. Mosigili erwiderte um Erhöhung des Stundenlohnes der hiesigen Arbeiter, streifte die Schulzfrage, betonte die dringende Notwendigkeit der Errichtung einer Warmbadanstalt und erklärte für seine Freunde, daß sie bereit seien, eine unauflösbare soziale Aufgabe lösen zu müssen, einer Erhöhung der Einkommensteuer zugestimmt. Stadtvorordnete v. Ruch's hat sich daran, daß in der Erhöhung der Verpflegung für das Krankenhaus eine Ungerechtigkeit liege. Die Klassen, die in letzter Linie die Arbeiter, würden hier schwer belastet, nur um den Leistungssteigerung die höhere Einkommensteuer zu ersparen. Nach dieser Einleitung trat man in die Eingabeberatung ein. Beim Titel „Allgemeine Verwaltung“ ward angefragt, die Kommissionsentscheidung nicht vor 10 Uhr abzugeben und den Etat durch Beifügung der Summen für die letzten drei Jahre überführbar zu gestalten. Für das Weidmann wurde ein neuer Veranschlagung bewilligt. Erwidert wurden außerdem die Titel „Eigentums“, „Zinsen- und Schuldverwaltung“, „Ausgehobenen Eigentumsrecht“ und „Gasanstalt“. Bei den Ausgaben „Hörsalungen und Anlagen“ sowie bei der Gasanstalt wurden auf der Ausgabe Seite mehrfach Erörterungen vorgenommen, die natürlich schon in vertraulichen Sitzungen verhandelt worden. Behalten von Bedeutung fanden: Beschluß nicht fassen. Am Freitag wird zunächst das Krankenhaus zur Beratung stehen.

Schiffbau. Eine Sitzung der Gemeinbestreuer findet am Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr, im Lokale G. W. B. statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Feststellung des Voranschlags für 1910 und Festlegung der zur Deckung des Gemeindefinanzbedarfes zu erhebenden Prozentsätze zu den Staats- und staatlich beantragten Steuern. 2. Bewilligung von Ortskollegen für die Lehrer und Lehrertinnen und einer Anleihe für den Restor. 3. Wasserwerk-Verordnung. 4. Ausbesserung eines Gemeindefinanzdefizits. 5. Antrag auf Beilegung der Hofstraße. 6. Antrag auf Einweihung einer Petition an die königliche Staatsregierung und an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Reform des Landtagswahlrechts. 7. Antrag Wader auf Genehmigung eines Neubaus an der Hornstraße. 8. Mitteilungen.

Hamburger Landgebiet.

K. Bergdorf. Das Klotzgraben- und Abfuhrsystem in der Hamburger Bürgerstadt hat vor einiger Zeit das Klotzgraben- und Abfuhrsystem in Bergdorf eine scharfe Beleuchtung erfahren, die in der hiesigen Stadtverwaltung sowohl als auch in den Kreisen der Grund- und Hauseigentümer Aufsehen erregte und lebhaftes Erörterungen hervorgerufen hat. Besonders die Behauptung unferes Genossen Stubbe, daß hier eine große Anzahl Klotzgräben durch Schmutzgräben mit dem Ziel in Verbindung stehen, was eine Verdrängung des Schmutzgräbens und der mit diesem in Verbindung stehenden Dobe-Gräbe zur Folge habe, bildete auch in der letzten Sitzung von Magistrat und Bürgervertretung Gegenstand der Behandlung. Dabei ist von Seiten des Bürgermeisters verschiedene Bemerkungen gefallen, die verdienen, der Vergessenheit entrissen zu werden, weil sie für unsere hiesigen Verhältnisse überaus bezeichnend sind. Als nämlich aus der Mitte der Versammlung an den Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Lange, die Anfrage gerichtet wurde, ob bezüglich der von Stubbe in der Bürgerstadt aufgestellten Behauptungen schon eine Untersuchung angestellt sei und mit welchem Erfolge, antwortete dieser, daß Herr Stubbe aufgefordert worden sei, ihm derartige Fälle mitzuteilen. Darauf habe dieser ihm sieben oder acht Fälle genannt. Man sei Herrn Stubbe zu Dank verpflichtet, denn — so fügte der Bürgermeister hinzu — „wir haben es nicht fertig gebracht, auch nur einen derartigen Fall festzustellen“. Auch in einer früheren Sitzung hatte Dr. Lange schon einmal erklärt, daß es trotz jahrelanger, eifriger Bemühungen nicht gelungen sei, einen einzigen derartigen Fall zu ermitteln.

Wenn der an oberster Stelle stehende Beamte einer Stadt, der Bürgermeister, dem doch der ganze Polizei- und Beamtenapparat zur Verfügung steht, und heraus erklärt, daß der Behörde trotz jahrelanger Bemühungen nicht gelungen ist, was den vermeintlichen Eosig müheles gelang, so muß das unsere höchste Verwunderung erregen. Die kann ein Beamter, dem die Gerechtigkeit in all den Büchern und Akten freilich, so seltener Erklärung seine Zuständigkeit nehmen? Wäre es ihm nicht mit Hilfe seiner Beamten ein Leichtes sein, allemal Fälle festzustellen, wann und wie oft die Entleerungen der Gräben vorgenommen werden, und hätte es dann nicht sofort auffallen müssen, daß gleich große Gräben unter gleichen Verhältnissen mit sehr erheblichen Zeitunterschieden entleert wurden? Kann oder muß nicht wiederum die Tatsache, daß der Bürgermeister sich zu einer solchen, für die Behörde wenig schmeichlichen Versicherung herbeiließ, den Glauben aufzuwiegen, daß damit nur Schimmeres bedeutet werden sollte? Dann hat der Bürgermeister — anscheinend als Entschuldigung — angefügt, daß der Behörde bisher die Angaben fehlten, um einseitigen zu können. Auch bei anderer Gelegenheit hat Dr. Lange schon einmal erklärt, daß ihm von Stadträten nichts bekannt sei. Sonderbar, der Bürgermeister verlor doch sonst das „sozialdemokratische Wort“ außerordentlich gewissenhaft. Da er da niemals gefunden, daß Klagen geführt wurden über die Klotzgräben in der Hofstraße und daß bei diesen Gelegenheiten auch ein Stadträte die Rede war?

Vor längerer Zeit wurde bezüglich einer Klotzgraben-Anzeige ertheilt. Da alle früheren Klagen und Besuche, Abschlüsse zu lassen, keinen Erfolg hatten, wurde die Anzeige gleichzeitig an drei verschiedene Behörden gerichtet. Einmal an das hiesige Amt, zum anderen an die Polizeibehörde und drittens an die Landbesitzerschaft. Es sind demnach dem auch der Stadtbauamt Duffi, ein Polizeibeamter und ein Beamter der Landbesitzerschaft erschienen, um Unternehmungen anzustellen; und dennoch will der Bürgermeister bislang nichts gewußt haben? Das klingt wirklich etwas unglücklich. Auch bei Herrn Stadtbauamt Duffi, der ebenfalls in der letzten Sitzung von Magistrat und Bürgervertretung anwesend war, scheint die Angelegenheit bereits wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Er zitiert mit seiner Stimme, als Dr. Lange den bezeichneten Auspruch tat. Aber auch aus den Äußerungen des Herrn Dr. Duffi in der Bürgerstadt kann man schließen, daß die Behörde über die angelegten Anlagen der Klotzgräben sehr wohl unterrichtet

war. Wenn es aber zutrifft, daß die Behörde davon unterrichtet war, sie aber dennoch alles ruhig gelassen hat, ohne einzuschreiten, dann ist es kein Wunder, daß die Verbindung der Gräben mit dem Ziel zum System wurde und sich ein Hauseigentümer in seiner unüberlegten Nebenart einmal dahin äußerte, daß diese Verfahren in Bergdorf allgemein üblich sei, weil dadurch die Kosten für die Entleerung gespart werden.

Der Bürgermeister meinte in jener Sitzung ferner, daß im Durchschnitt 10 pSt. der Gräben in Frage kommen könnten. Er sprach das in Bezug auf die vollen Leberzeugung aus auf die Vermutung des Herrn Dr. Waders, der von 80 pSt. gebildet haben wollte. Um diesen Glauben an den „Realismus“ der Grundeigentümer beneiden wir den Bürgermeister nicht. Wir hätten die Grundeigentümer denn doch als etwas klüger ein, nämlich als Leute, die wohl verstehen, ihren persönlichen Vorteil wahrzunehmen und, da es ihnen von der Behörde so leicht gemacht wird, die Kosten für die Abfuhr zu sparen. Was dabei übrig bleibt, ist die Tatsache, daß der Bürgermeister plötzlich ganz genau zu wissen scheint, wieviel Gräben in Frage kommen. Woher weiß denn der Bürgermeister das zu genau? An einer früheren Sitzung sagte er doch, daß man wohl Unregelmäßigkeiten unter, aber keine Störgründe gefunden habe. Und das freilich, was die Unterlegung verhindert haben soll, ob die gefürchteten Öffnungen zur Verbindung mit dem Ziel dienen, ist doch auch schon längst beseitigt. Sind denn auch jetzt noch keine politischen Resultate vorhanden, wenn Herr Stubbe in den letzten Monaten die hiesigen Fälle mitteilt. Erwidert sind Monate vergangen und auch bezüglich dieser wenigen Fälle konnte Dr. Lange nichts über gefundene Störgründe mitteilen. Auf das nicht den berechtigten Argwohn erwecken, daß man eben nichts finden will?

Eine weitere scharfe Mißtraue bürgermeisterlicher Denkart zeigt der Herr Dr. Lange gut, als er sagte: es sei ihm schleierhaft, was die Arbeiter veranlassen könne, eine Verbindung mit dem Ziel herzustellen. Er scheint demnach nicht viel Lust zu haben, die in Abhängigkeitsverhältnis stehenden Arbeiter für diese Ungleichheiten verantwortlich zu machen. Eine Auffassung, gegen die wir ganz entschieden Vernehmung einlegen. Wie sind aber auch der Meinung, daß eine Befreiung der betreffenden Grundeigentümer völlig berechtigt und ungeschwiegen sein würde, schon aus dem einfachen Grunde, weil angenommen werden muß, daß die Ungleichheiten sich unter den Augen der Behörde vollzogen haben, und die Grundeigentümer bemutlich glauben konnten, daß die Behörde diese Ungleichheiten dulde. Das ist auch der Grund, weshalb dem Bürgermeister nur einige von den vielen zu unserer Kenntnis gelangten Fällen mitgeteilt wurden. Nicht Befreiung der Hebel, sondern Befreiung des Leibes ist die Absicht, die uns dabei leitet, und deshalb teilen wir auch den Standpunkt des Herrn Dr. Waders, daß man sich keineswegs mit dem daligen Bau der Kläranlage befassen soll, sondern verlangen, daß die Behörde einmal ernstlich daran geht, die Befreiung der Klärwerke im gesundheitlichen Interesse der Allgemeinheit durchzuführen. Dem Staat verbleibt trotzdem die Pflicht, für die besagte Befreiung der Klärwerke die notwendigen Mittel bereitzustellen, wenn die Klärwerke durch eine regelrechte Entleerung der Gräben schwere Lasten erfahren.

Bergdorf. Die Abschlüsse der Arbeit in Bergdorf werden als Entleerung der Gräben in der Nummer vom 22. Februar abgedruckt, der sich mit dem Arbeitsverhältnissen im Betriebe dieser Firma beschäftigt. Folgende sind die wichtigsten Punkte: 1. Nicht nur die an der Arbeit beteiligten, sondern auch die an der Arbeit beteiligten Arbeiter überlassen die ortsüblichen Güter und erheben darüber die größtenteils in unheimlich eingeführten Mafße beträchtliche Erhöhung. 2. In unheimlich eingeführten Mafße beträchtliche Erhöhung, die in Tag und Nachtarbeit, eine schreckliche Arbeitszeit eingeführt; nur in besonders dringenden Fällen wird mit Rücksicht auf die Eigenart der zu verarbeitenden Materialien eine Überleistung erforderlich. 3. Der Lohn des Arbeiterkollektives gegenüber Arbeiter erforderlich ist. Er war durch einen früheren Meister eingeführt und ist mit dessen u. a. auch aus diesem Grunde vor 14 Tagen erfolglos geblieben. Entlassung wieder verschwand. Meister Arbeit hat im Gegensatz zu seinen vor 14 Tagen vom Dienst suspendierten Kollegen unheimlich arbeiten gegenüber stets freundlichen Wesen und wohlwollende Genugung befunden. 4. Es ist unrichtig, daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Beschäftigung von Arbeitern oder Arbeiterinnen stattfindet. 5. Es ist unrichtig, daß jenseits der Gräben der Arbeiter oder der Arbeiterinnen einbehalten wurde oder dort irgend welche ungesetzlichen Abzüge gemacht wurden. 6. Entlassungen sind laut Fabriksordnung nur bei schwerwiegenden Veranlassungen gestattet; hinsichtlich der Kündigungsgeld haben wir stets größtes Entgegenkommen gezeigt. 7. Die Wagnis- und Anleiheverträge entsprechen den gesetzlichen Vorschriften; übrigens befindet sich unsere Fabrik auf gemietetem Terrain. Arbeiter der Arbeiter, welche die Kantine benutzen, sind bislang keinerlei diesbezügliche Klagen vorgebracht worden.

Zu dieser Vernehmung hat unser Obermann folgendes zu bemerken: „Ich weiß, daß in dem Betriebe Stundenlohn von 30, 32 und 35 pSt. bezahlt werden. Ausnahmeweise werden an besonderen tüchtigen Arbeiter höhere Stundenlöhne bezahlt. Wenn Herr Wadermann anführt, daß nur in besonderen Fällen eine Überleistung täglich gemacht wird, so entspricht dies nicht den Angaben der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter. Diese haben wiederholt erklärt, daß sie zu frühmorgiger Arbeitszeit von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr, abgesehen von dem Sonntagslohn, 37 und 40 pSt. monatliche Löhne erhalten. Die Entlassungen sind laut Fabriksordnung nur bei schwerwiegenden Veranlassungen gestattet; hinsichtlich der Kündigungsgeld haben wir stets größtes Entgegenkommen gezeigt. 7. Die Wagnis- und Anleiheverträge entsprechen den gesetzlichen Vorschriften; übrigens befindet sich unsere Fabrik auf gemietetem Terrain. Arbeiter der Arbeiter, welche die Kantine benutzen, sind bislang keinerlei diesbezügliche Klagen vorgebracht worden.“

Zu dieser Vernehmung hat unser Obermann folgendes zu bemerken: „Ich weiß, daß in dem Betriebe Stundenlohn von 30, 32 und 35 pSt. bezahlt werden. Ausnahmeweise werden an besonderen tüchtigen Arbeiter höhere Stundenlöhne bezahlt. Wenn Herr Wadermann anführt, daß nur in besonderen Fällen eine Überleistung täglich gemacht wird, so entspricht dies nicht den Angaben der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter. Diese haben wiederholt erklärt, daß sie zu frühmorgiger Arbeitszeit von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr, abgesehen von dem Sonntagslohn, 37 und 40 pSt. monatliche Löhne erhalten. Die Entlassungen sind laut Fabriksordnung nur bei schwerwiegenden Veranlassungen gestattet; hinsichtlich der Kündigungsgeld haben wir stets größtes Entgegenkommen gezeigt. 7. Die Wagnis- und Anleiheverträge entsprechen den gesetzlichen Vorschriften; übrigens befindet sich unsere Fabrik auf gemietetem Terrain. Arbeiter der Arbeiter, welche die Kantine benutzen, sind bislang keinerlei diesbezügliche Klagen vorgebracht worden.“

Gesellschaft. Klotzgraben und Abfuhr. In früheren Jahren war es eine Erscheinung, daß Personen bei der Reinigung mit dem gewöhnlich unerlaubten Verkehr des Dynamitpatronen betriebe, wodurch sie sich im Explosionsbereich befinden, nicht getötet werden, der Klotzgraben durch die Vernichtung des Nachmittags aus zu Verfertigen Anschlag gab. Das Verbot der Patronen aber auch aus der Gefahr für Leben und Gesundheit der Later verhielt. Solcher Mittel bedürftig heute die Fliegenberger Fischer nicht. Mittels einmündiger gewerbetreibender Leute führen sie ihre Raubzüge bis oberhalb Grotzsch aus, als Leute den Nachmittags einbeziehen, wobei ihnen Hilfe in der Länge von zirka 5 km zum Opfer fallen. Im Verlauf der verflochtenen Woche sind bei ihrem Raubzug im Grotzschhafen von der Polizei abgefangen worden, die Raubzüge konstatiert. Die Fische, die in ihrem natürlichen Erhaltungsbereich vor Umweiden und vom Raubfischen Schutz finden in lebenden Wässern, Häfen und Einläufen an der Elbe, werden in der gefährlichen Klotzgraben gewöhnlichen Weise fangen, wozu es notwendig ist, daß die Fische in die Klotzgräben einströmen. Der Staat, der gewöhnlich sehr wenig dieses wichtige Nahrungsmittel dem Volke zu erhalten, hat die Aufgabe, einem derartigen, dem Volkswohl schädlichen Vorgehen Einhalt zu tun.

Harburg und Wilhelmsburg.

„Dat der Mensch einen freien Willen.“ Ueber dies für jeden denkenden Menschen sehr interessante Thema wird am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Pastor Dr. Cordes im Neiberthaler Gemeindehaus sprechen. Es wird für diesen Winter der letzte der dort stattfindenden populär-wissenschaftlichen Vorträge sein. Dem Nächstem folgt seine Diskussion. Der Eintritt ist frei.

Gemeinderatsversammlung in Wilhelmsburg. In der Sitzung am Dienstag wurde zunächst die Bilanzrechnung für 1908 abgenommen. Deswegen hat der Etat der Amtsverwaltung des Jahres 1908 mit 4 000, wovon die Gemeinde 274 700 zu bezahlen hat. Die Errichtung eines Gemeindefinanzsystems wurde abgelehnt mit der Begründung, daß wegen der Arbeitslosigkeit in Hamburg und Harburg dafür kein Bedürfnis vorhanden sei. — Im Anschluß an die am 13. Februar abgehaltenen Wahlrechtsdemonstrationen überlegungen war dem Bürgermeister eine Eingabe überreicht worden, welche erwiderte, die Gemeindevorsetzung möge beim Abgeordnetenhaus gegen die Wahlrechtsvorlage protestieren und für Einführung eines Gemeindefinanzsystems sorgen. Die Anträge wanderten in den Kapitol und der Gemeinderat ging nach einigen Bemerkungen des Bürgermeisters zur Tagesordnung über. Die Besetzung der Schulinspektoren durch ein Mitglied des Reichstages wurde abgelehnt. — Eine neue Schulreform für Harburg wurde beschlossen. — Nach Erlebung einiger kleiner Sachen wurde der Etat für 1910 festgestellt. Das Ordinariat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 982 900, gegen 825 400 im Vorjahre ab. Die Verwaltungskosten belaufen sich für den Kopf der

Bevölkerung auf 4 387. — Ein Antrag der Gemeindevorsetzung auf Erhöhung des Wohnungsgeldes wurde abgelehnt. Ebenso eine Reihe anderer Anträge, darunter die Anschaffung einer Dampfmaschine. Die Entscheidung an den Monatsenden und die Verlegung der Kirchhofe mit Gas wurden beschlossen. Der Zusatz für die Volkshochschule wurde von 150 auf 300 erhöht. Sodann wurde die Einführung einer Gemeinde-Vierjahresbeschlüssen. Von diesen Entwürfen sollen jährlich 50 000 für den Bau einer Turnhalle zurückgelegt werden. Was die Vermögensverwaltung über 50 000 einbringt, soll jährlich belegt werden. Der Grund- und Gebäudesteuer zugunsten der Gemeinde wird die Landrente mit bis zu 1000 pSt. von dieser Steuer betroffen, die Grundsteuer nur bis zu 170 pSt. Das will eine Verlage ändern. Dadurch wird nach der Statistik die Landrente von 170 auf 170 000 entfallen, während auf jedes Wohnhaus circa 100 Steuer mehr kommt. Der Bürgermeister wünschte, die Gebäudesteuer höher sei als die Gemeindesteuer, damit einseitig der Anstieg von Arbeitern eingekürzt, andererseits die Anhebung der Industrie gefördert werde. Herr Cordes betonte, daß von den 17 000 Steuererhöhung 12 000 den Grundbesitzern zugute kommen würden, während die Landrente nur wenig über 4 000 erhielten. Herr Cordes führte an, die höhere Steuer für Wohngebäude müßte doch nur die Mieter tragen, die es am meisten leisten könnten. Im Reingehalt erklärte sich der Gemeinderat für eine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, doch soll die Kommission eine abgemilderte Vorlage einbringen. Im Extra-Ordinariat sind für Anhebung eines Aufschusses auf dem Reichertsteuern von 100 auf 100 bis zum Konten bei der Alten Schule 16 700 einmündig. Von der Verhörforderung bis zur Vollendung der Grund- und Gebäudesteuer, doch soll die Kommission eine abgemilderte Vorlage einbringen. Die Kosten betragen 27 400. Für Platzierung der Rathausstraße wurden 48 000 bewilligt und für den Neubau der Realschule 300 000. Sodann wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und vertraulich weiter verhandelt.

Bei der Arbeit bemerkt! Im Dienst nachmittags der Hafenarbeiter Macca, als er beim Entleeren eines in Hamburger Hafen liegenden Schiffes in den Raum stürzte. Der Verunglückte, der den rechten Arm brach und eine leichte Verletzung am Kopf davontrug, wurde nach seiner in Wilhelmsburg belagerten Wohnung gebracht.

Aus der Haft entlassen ist der von seiner Ehefrau wegen Eitelvergehen beschuldigte Arbeiter A., nachdem sie die Beschuldigung widerrufen hat.

Neues Straßengericht wurde die an der Hamburger Landsgrenze in Nibredorsgraben mitten auf der Straße stehende mauerartige Strohhalle abgebrochen.

Von Klämpfen befallen wurde heute früh ein Arbeiter, als er aus der Straßenbahn stieg und so unglücklich mit dem Gesicht auf das Strohhallenstück fiel, daß er eine erhebliche Verletzung im Gesicht davontrug.

Bremen.

Die Bremischen Lehrer und das Glückwunschkommuniqué an Bebel. Die Bremischen Lehrer, die aus Anlaß der im Wege des Disziplinerverfahrens erfolgten Dismissalentscheidung von Bebel am 21. Februar verurteilt waren, hatten einen Glückwunsch an den Genossen Bebel abgeben, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß ihm noch ein recht großes Wirken im Dienste des Kampfes beschieden sein möge. Das Kommuniqué, das in der Parteipresse abgedruckt war, unterzeichneten: Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens. Die Behörde veranlaßte mitunter durch dieses Kommuniqué eine Razzia. Es dauerte auch nicht lange und sie hatte 32 Lehrer auf der Matte. Die nicht sozialdemokratischen Lehrer bemüht sich kraftvoll um die Herbeiführung einer Gelegenheit, der Behörde ihre Unerschrockenheit zu demonstrieren. Es wurde eine öffentliche Lehrerversammlung einberufen, die Dienstag nachmittags stattfand. Selbstverständlich wurde nicht unterlassen, darauf hinzuwirken, wie gefährlich ein Zerbrechen von dieser Versammlung für einen Lehrer werden könne. Zugleich mit der Einladung wurde eine Resolution verfaßt, die neben einigen Seitenstücken auf die Sozialdemokratie und unter Bremer Parteivorstand die „politische Demonstration“ (das Kommuniqué der Lehrer an Bebel) als eine Verletzung des öffentlichen Rechts durch die Behörde bezeichnet und zugleich dem gegenwärtigen Schulinspektor, mit dem die sogenannten radikalen Lehrer nahe Kontakte angeknüpft haben und dafür mit zahlreichen Disziplinarmassnahmen bedacht wurden, der Ausdruck vollen Vertrauens entgegengebracht wird. Diese Resolution gelang aus. Man hatte dort vornehmlich nicht beabsichtigt, daß es zwischen Schulbehörden, der hiesigen Resolution erstickt, sondern, daß es sich um einen Akt der Unerschrockenheit handelte, der es wichtig nicht zu vernachlässigen, wenn die Resolution beibehalten werden sollte. Aber die Rechnung ist ohne die Arbeiterschaft gemacht. Am Freitag wird sich eine öffentliche Versammlung mit dieser Sache beschäftigen.

Schleswig-Holstein. **Land.** Eine öffentliche Versammlung findet am Sonntag, 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts G. W. B. statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Freien Preußen im Wahlrechtskampfe. Referent: Genossin Frau L. Ziegen-Verlin. 2. Freie Sprache.

Lauburg (Elbe). Im Sozialdemokratischen Verein, der am 26. Februar eine Mitgliederversammlung abhielt, erstattete Genosse Wagner-Möller Bericht vom preussischen Parteitag. Der Bericht wurde mit Beifall entgegengenommen. Durch den Bericht wurden die Mitglieder auf das neu erschienene Buch „Bebel's Aus meinem Leben“ hingewiesen, das zum Vorzugspreis von 1,50 zu beziehen ist.

Zur Reichstagskandidatur des antileitenden Schriftstellers Alfred Roth in unferem Wahlkreis, worüber wir schon kurz berichtet haben, teilt die „Lauburg. Landes-Ztg.“ mit, daß die Kandidatur deshalb so lange gefast gehalten worden ist, weil man hoffen, im letzten eine Sitzung mit den rechtsfähigen Parteien erreichen zu können. Unter freies hat nun, da aus diesem Teufelskreis nichts geworden ist, nicht weniger als fünf Kandidaten.

Reinmischer. Der Deutsche Arbeiterbündlerbund, der in Schleswig-Holstein, hielt am Sonntag, 27. Februar, hier seinen Sonntag ab. Vertreter waren 34 Vereine durch 42 Delegierte; außerdem waren fünf Delegierte anwesend. Als Gast war der Gauleiter des Hamburger Gaues, Köhn, anwesend. Nach Eröffnung der Sitzung wurde G. Dellerling, Kiel, Vorsitzender, Greiner-Hebe, Schierdahn-Flensburg, und Bojer-Kiel, die Wahlrechtsprüfungskommission gewählt. Diese ernannte alle Mandate an. Dann verlas der Vorsitzende den Jahresbericht, der auch im Druck vorlag und aus dem zu ersehen ist, daß beim Ausbleiben des Gaues am 1. Oktober 1908 44 Vereine mit 1200 aktiven Mitgliedern vorhanden waren. Ausgetreten waren oder verfallen hatten sich 1488 Vereine. Am 31. Dezember 1909 waren 63 Vereine mit 1438 aktiven Mitgliedern vorhanden, davon 50 Männervereine, ein gemischter Chor und zwei Frauenvereine, also trotz eines Abganges von sechs Vereinen eine effektive Zunahme von neun Vereinen mit etwa 240 Sängern. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Sängerverzehrung nicht geringen Umfang angenommen hat; in Zukunft soll der Wert darauf gelegt werden, daß das Singen und Gesungen des Gaues in der Sängerverzehrung hervorgehoben werde.

Der Gauleiter gab sodann seinen Jahresbericht, der mit einer Einnahme von 908,47 und einer Ausgabe von 696,99 abschließt, so daß ein Kassensaldo von 206,68 verbleibt. Hierbei wurde vom Kassierer bemerkt, daß bei den Verbindungen genau angegeben werden müßte, wofür sie gebucht werden sollten. Als ein erfreuliches Zeichen ist es anzusehen, daß der Vorsitzende der Kontrollkommission berichtigungen, daß im Laufe des Jahres seine Behörde eingelaufen ist. — Der Bezirksleiter des zweiten Bezirks, Rangesbruder O. Dellerling, gab einen ausführlichen Bericht und hob besonders hervor, daß in Kiel die Verlesungsurfrage schon in ein gutes Stadium getreten sei. Was gegen er bekannt, daß in dem Bezirk 576 aktive und 854 passive Mitglieder vorhanden seien. Nach der Mittagspause verlas der Vorsitzende ein Verlesungsprotokoll vom Rangesbruder O. Dellerling, Kiel, Vorsitzender, Schierdahn-Flensburg, und Bojer-Kiel, die Wahlrechtsprüfungskommission gewählt. Diese ernannte alle Mandate an. Dann verlas der Vorsitzende den Jahresbericht, der auch im Druck vorlag und aus dem zu ersehen ist, daß beim Ausbleiben des Gaues am 1. Oktober 1908 44 Vereine mit 1200 aktiven Mitgliedern vorhanden waren. Ausgetreten waren oder verfallen hatten sich 1488 Vereine. Am 31. Dezember 1909 waren 63 Vereine mit 1438 aktiven Mitgliedern vorhanden, davon 50 Männervereine, ein gemischter Chor und zwei Frauenvereine, also trotz eines Abganges von sechs Vereinen eine effektive Zunahme von neun Vereinen mit etwa 240 Sängern. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Sängerverzehrung nicht geringen Umfang angenommen hat; in Zukunft soll der Wert darauf gelegt werden, daß das Singen und Gesungen des Gaues in der Sängerverzehrung hervorgehoben werde.

Der Gauleiter gab sodann seinen Jahresbericht, der mit einer Einnahme von 908,47 und einer Ausgabe von 696,99 abschließt, so daß ein Kassensaldo von 206,68 verbleibt. Hierbei wurde vom Kassierer bemerkt, daß bei den Verbindungen genau angegeben werden müßte, wofür sie gebucht werden sollten. Als ein erfreuliches Zeichen ist es anzusehen, daß der Vorsitzende der Kontrollkommission berichtigungen, daß im Laufe des Jahres seine Behörde eingelaufen ist. — Der Bezirksleiter des zweiten Bezirks, Rangesbruder O. Dellerling, gab einen ausführlichen Bericht und hob besonders hervor, daß in Kiel die Verlesungsurfrage schon in ein gutes Stadium getreten sei. Was gegen er bekannt, daß in dem Bezirk 576 aktive und 854 passive Mitglieder vorhanden seien. Nach der Mittagspause verlas der Vorsitzende ein Verlesungsprotokoll vom Rangesbruder O. Dellerling, Kiel, Vorsitzender, Schierdahn-Flensburg, und Bojer-Kiel, die Wahlrechtsprüfungskommission gewählt. Diese ernannte alle Mandate an. Dann verlas der Vorsitzende den Jahresbericht, der auch im Druck vorlag und aus dem zu ersehen ist, daß beim Ausbleiben des Gaues am 1. Oktober 1908 44 Vereine mit 1200 aktiven Mitgliedern vorhanden waren. Ausgetreten waren oder verfallen hatten sich 1488 Vereine. Am 31. Dezember 1909 waren 63 Vereine mit 1438 aktiven Mitgliedern vorhanden, davon 50 Männervereine, ein gemischter Chor und zwei Frauenvereine, also trotz eines Abganges von sechs Vereinen eine effektive Zunahme von neun Vereinen mit etwa 240 Sängern. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Sängerverzehrung nicht geringen Umfang angenommen hat; in Zukunft soll der Wert darauf gelegt werden, daß das Singen und Gesungen des Gaues in der Sängerverzehrung hervorgehoben werde.

erste Sängerverein in Kiel abzuwickeln solle. Am Sonnabend findet im Gemeindefinanzhaus ein Kommerz statt, der eingeleitet wird durch ein Konzert der Kieler Vereine. Sonntag morgen 11 Uhr findet die Hauptprobe in der „Waldwiefe“ statt, nachmittags 3 Uhr das Hauptkonzert ebenfalls in der „Waldwiefe“. Abends sind Festbälle in der „Waldwiefe“ und im Gemeindefinanzhaus vorgegeben. Den Schluß des Festes bildet am Montag eine Dampftour in See. Es wurden dann noch die Entschädigungen für den Gaurortland und die Bezirksvorständen festgestellt. Als Gaurort wurde Neumünster niedergelegt. Als Vorhänger wurde Herr Werner, Wandsbörferstraße 10, als Kassierer S. Groß, Wandsbörfer 27, und als Vorhänger der Kontrollkommission G. Wulpp, Wisnackstraße 81, niedergelegt.

m. Kiel. Die Elbarbeiter der Vandalenarbeiter bei den Juletagen. Die Nachkommen jener Arbeiter, den Juletagen genannt, sind überall fest, was das Verhalten ihrer Arbeiter gegenüber anbetrifft; es ist völlig unerwartet, ob sie in Dörfchen oder anderswo haften. Das zeigt der nachfolgende Fall, der sich auf dem Gute Vandalenarbeiter (St. Mittenburg) in Dörfchen abspielte. Der Todter eines Arbeiters, der nicht weniger als 30 Jahre auf dem Gute beschäftigt war, war nach ihm in Stellung gegangen und dort sponäner geworden. Die Eltern waren vernünftig genug, ihr Kind, trotz des Festtritts, bei sich aufzunehmen. Die Leute, die nicht wollten, daß ihre „gefahrene Tochter“ vielleicht gleich einem Tier im Straßengraben berende, aber, wie der Fall Da Schmor zeigte, zu etwas nach Schlimmeren griffe, mußten leider nur zu bald einsehen, daß sie die Rechnung ohne ihren „wohlwollenden“ Herrn gemacht hatten. Der Vater erhielt nämlich von dem Gutbesitzer folgendes Schriftstück zugestellt:

Sie werden hiermit aufgefordert, zu veranlassen, daß Ihre Tochter mit ihrem Stinde bis zum 15. d. M. aus Ihrer Wohnung entfernt.

Was eventuell aus der jungen Mutter mit dem Kinde wurde, wenn der Vater sie auf die Straße stellte, kümmerte den edlen Junker nicht. Warum auch blieb das Mädchen nicht auf dem Lande und sollte sich dort ein Kind anfast von einem „Kuli“. Da der Vater dem Befehl nicht nachkam, erhielt er fünf Tage nach dem festgesetzten Termin ein zweites Schreiben:

Da Sie meiner Aufforderung, Ihre Tochter mit Kind aus Ihrer Wohnung zu entfernen, nicht nachgekommen sind, so wird Ihnen hiermit die Wohnung zum 1. Mai d. J. gekündigt. Damit war der alte Mann aus seiner Arbeit los, da Wohnung und Arbeit auf dem Gute eng zusammenhängen. Das war die „humane“ Handlungsweise eines Junkers eines alten Mannes gegenüber der sich 30 Jahre für ihn abgemüht hat. Der mehr als Sechzigjährige begab sich nach Kiel, wo er, wohl es seiner jawerenden Arbeit nicht fähig war, schließlich fischische Fische in Wandsbörk nehmen mußte. Der „wohlwollende“ Gutsherr aber der so leichten Kaufs eines unbrauchbar gewordenen Arbeiters (schon wurde ist der königl. Kammerherr, Hauptmann a. D. Rittergutsbesitzer Graf Franz v. Waldenherze auf Wadernebstorf. Dieser Fall wird, wie schon so manig ähnlicher, schließlich bald mit dazu beitragen, auch dem Vandalenproletariat die Augen zu öffnen.

m. Kiel. Lohnbewegung der Bauhelfer Kiels und der Umgegend. Der bis zum 1. April d. J. laufende Lohnvertrag der Bauhelfer am Ort ist von der Jüngung einseitig gekündigt worden. Die Jüngung hat den Gesellen jetzt einen neuen Vertrag vorgelegt, der trotz der Verleugnung der Lebenslage auf eine Verbesserung dieser Verhältnisse enthält. Die Lohnsätze von 55 bezw. 63 s für selbständig arbeitende Gesellen und von 44 bezw. 47 s für Junggehilfen im ersten bzw. zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit, sind zwar die gleichen geblieben. Die Meister wollen sich jedoch vorbehalten, durch freien Vertrag mit den Junggehilfen auch höhere Löhne zu vereinbaren. Was das für die übrigen Gesellen für Nachteile mit sich bringt, liegt aus dem Rand. Ferner soll die bisherige Zeitrechnung bis ins ungeschickliche erweitert und sogar der Lohn und der Lohnsatz mit hineingezogen werden, um Lohnentwöhnungen für unermüdete Arbeiter zu sparen. Das schäufte aber ist, daß die Arbeiter die Dauer des Tariffs bis zum 31. März 1914 festgelegt wissen wollen. Die am Dienstag im Gemeindefinanzhaus abgehaltene Versammlung der Bauhelfer hat daher die Vorlage einstimmig abgelehnt.

Kiel. Ein Rationalschwinder schlimmer Art, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, seine Leute, namentlich aus der Provinz, um ihre ererbten Güter zu betriegen, hatte sich vor der Kieler Strafkammer zu verantworten. Es handelte sich um den jetzt in Neumünster wohnhaften Kaufmann Alfons Matz. Wie es gewöhnlich, waren die „Kieler Neuesten Nachrichten“ auf ihn das geeignete Organ, seinen Schwindel einzuleiten. Er suchte nämlich Leute mit einigen Darmmitteln, um eine Zigaretten-Fabrik als Nebenbeschäftigung zu übernehmen. Fund er Dumme, dann fähig er einen derartig fälschlichen Vertrag mit ihnen ab, daß sie zunächst überhaupt kaum gegen ihn unternehmen konnten. Um s. d. zu vermeiden, daß die Beschädigten sich mit dem Arbeitsekreterariat in Kiel oder Neumünster in Verbindung setzen, wurde in dem Vertrag auf die gegenseitige Verpflichtung hingewiesen, daß der Verrat des Geschäftsgenossen mit Nichts zu haben, da er schon vor Jahren den Stefanusmatz gelistet hatte. Sein Bankrott betrug 98 s. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Matz in 15 Fällen etwa 4 700 erwidmet hat. Es bereitete die gemeindefinanzlichen Vertreter zu einem Jahr zwei Monaten und 14 Tagen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. m. Neumünster. Die Polizei sucht Zeugen. Die Vorarbeiten zum Wahlrechtskomitee scheinen der Neumünsterer Polizei auf die Dauer doch wenig Freude zu bereiten. Die Gründe für ihr brüdes Vorgehen scheint sie selbst nicht für ausreichend zu halten. Die Beamten sind daher gegenwärtig fleißig im Gange, Zeugen zu suchen. Sie werden jedoch wohl kaum jemanden finden, der ihrem Wunsch Rechnung trägt oder auch nur tragen konnte.

Rahburg. Der Hund hat's besser. Die bürgerlichen Wähler berichten über einen Vorgang, der sich hier am Sonntag abgelehnt hat. Auf einem Hofe waren Hühner gehalten worden. Um die Diebe zu ermitteln, wurde der Wächter Polzeigehilf „Luz“ auf die Spur gesetzt. Mit Hilfe des vierbeinigen Polizeigehilfen gelang es denn auch, einen Arbeiter ausfindig zu machen, der die Tat nicht leugnen konnte, weil er dabei überführt wurde, als er ein der gefangenen Hühner eben zum Warten angelehnt hatte. Wörtlich schließt der Bericht: Die Hühner wurden der Eigentümer zurückgegeben, das gebrauchte Huhn aber erhielt der brave „Luz“ als Belohnung für seine treue Arbeit. — Der Hund hat's besser, als die Hühner, während der arme Leutnant, der gewiß nicht aus Überdruß der Beschäftigung in dieser besten aller Welten nachdenken kann.

Flensburg. Ein Todesurteil. Das hiesige Schwurgericht hat heute die Qualschauer Arbeiter Julius Strömgen wegen Mordes und zweifachen Raubverbrechens zum Tode, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Soziale Rundschau.

Vom Krebsgang der Sozialreform.

Das Reichsversicherungsamt hat seinen letzten Geschäftsbericht auf das Jahr 1909 veröffentlicht. Es ist im allgemeinen ein günstiges Bild, welches er von der Entwicklung der Unfall- und Invalidenversicherung entwirft.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften sank die Zahl der Versicherten von 6 018 327 im Jahre 1908 auf 5 017 772 im Jahre 1909. Das ist natürlich eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung wird zwar eine Steigerung der Zahl der Versicherten nachgewiesen, doch ist das nur auf eine andere Berechnungsart zurückzuführen.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle vermehrte sich von 655 859 im Vorjahre auf 683 376 im Berichtsjahr, hat also eine kleine Abnahme erfahren. In weit höherem Maße vermehrte sich die Zahl der unfallbedingten Unfälle, nämlich von 141 845 auf 136 441. Die Rentenauflösung hat also weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Personen, welche insgesamt auf Grund der Unfallversicherungs-gesetzliche Entschädigung erhielten, stieg gleichwohl von 1 146 294 auf 1 147 016, die Gesamtsumme der Entschädigungen von 157 Millionen auf 162 Millionen Mark. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß der Bestand an Rentenempfängern durch den fortwährenden Zugang natürlich eine Erhöhung erfährt.

In der Invalidenversicherung ist die Zahl der festgesetzten Renten ebenfalls zurückgegangen. Es wurden bemittelt:

Im Jahre	Invalidenrente	Krankentagen	Alterrenten	Renten überhaupt
1908	116 852	11 951	10 986	137 789
1909	115 264	12 768	11 003	139 035

Demnach sind im Berichtsjahr ca. 800 Renten weniger festgesetzt worden.

Die Zahl der laufenden Invalidenrenten hat zwar nur ein wenig zugenommen, doch vermehrte sich die Zahl der laufenden Krankentagen von 10 057 auf 18 502 und die Zahl der laufenden Alterrenten von 108 637 auf 109 302. Zu Beginn des Jahres 1910 liefen insgesamt 1 014 449 Renten auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes. Auch die Beitragsentlastungen des Invalidenversicherungsgesetzes sind im Berichtsjahr von 188 715 im Jahre 1908 auf 190 557 im Jahre 1909. Diese Abnahme ist insbesondere auf die geringere Zahl der Wiedererstattungsbeiträge bei Beiraten zurückzuführen.

Die Invalidenversicherung gewährte im Berichtsjahr circa 190 Millionen Mark Entschädigungen, wovon circa 60 Millionen auf das Reich als Reichsausgabe entfielen.

Für die Unfallversicherung ist die Summe der eingehenden Beiträge nicht nachgewiesen. Zu der Invalidenversicherung betrug die Beitragsentlastung 157 Millionen Mark. Das sind zwar

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 52.

Donnerstag, den 3. März 1910.

Redaktion und Expedition Hamburg, Neustadtstr. 11. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Die Scharfmacher sammeln Schmiergelder zur Reichstagswahl.

Ein Rundschreiben des Zentralverbandes der Industriellen, das die „Gewinnigen“ veröffentlichen, fordert zur Sammlung von Schmiergeldern für die bevorstehende Reichstagswahl auf. Es ist bekannt, daß die Zentralverbandsscharfmacher vor einigen Monaten eine besondere Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ eingesetzt haben. Diese Kommission hat nun die Sammlungen zur Erfüllung ihres „Juliussturm“ begonnen. Der Vorstand dieser Kommission wird gebildet von den Herren Dr. W. Schmidt, Direktor der Bogeländischen Spinnerei Hof in Wagnern, G. Perle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei Leipzig-Grünau, Geh. Bergat Hilger, Berlin, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte, und Th. Müller, Direktor der Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen.

Ueber die Tendenz der Sammlung des Schmiergeldes ist der Reichstagswahlkampf in den letzten Jahren genug. Gebildet wird von den angelegentlichsten Unternehmern 1/3 Promille der im letzten Jahre gezahlten Lohnsumme als regelmäßiger Jahresbeitrag für den Wahlfonds.

Dem Rundschreiben, das an die „mittelbaren und unmittelbaren Mitglieder“ des Zentralverbandes der Industriellen gerichtet ist, sind vier Anlagen beigelegt. Die erste enthält die Resolution des Ausschusses auf Schaffung des Wahlfonds, die zweite nähere Angaben über die Zusammenfassung der Kommission, die dritte eine deutliche Abfrage an den Kandidaten, der aus entgegengelegten sozialen Richtungen bestehe und daher, wenn auch sonst brauchbar, doch nicht in der Lage sei, allgemein wohlwollend auf die Wahlen einzugehen; der Zentralverband der Industriellen habe es jedenfalls für sein Interesse, die Wahlen zu unterstützen, die nachher im Reichstage als entschiedene Gegner der Industrie in sozialer Beziehung auftreten. Dieser Punkt des Rundschreibens richtet sich offenbar gegen die paar Freireisigen und Liberalen, die nicht bedingungslos mit den Scharfmachern gehen.

Interessantere aber ist die Anlage B, die genau über die beabsichtigte Taktik der Juliusstürmer informiert. Sie trägt den Titel „Begründung“ und beginnt mit einer außerordentlich lebhaften Abfrage über die Fortführung der Sozialpolitik durch den Reichstag. Die dringendsten Witten, Mahnungen und Proteste der Industriellen dagegen seien umsonst gewesen, die der Industrie „abträgliche“ Gesetzgebung werde fortgesetzt, die soziale Erörterung seien die Folge. Solche Mahnungen von der Seite zu hören, macht viel Spaß. Man muß dazu nur bedenken, daß der Reichstag seit den Wahlen von 1907 außer dem durch internationale Abmachung festgelegten Jahresbudget für Arbeiterinnen nicht ein einziges Arbeiterfragegesetz auf den Weg gebracht hat, daß die Sozialpolitik, die nachher im Reichstage als entschiedene Gegner der Industrie in sozialer Beziehung auftreten. Dieser Punkt des Rundschreibens richtet sich offenbar gegen die paar Freireisigen und Liberalen, die nicht bedingungslos mit den Scharfmachern gehen.

Interessantere aber ist die Anlage B, die genau über die beabsichtigte Taktik der Juliusstürmer informiert. Sie trägt den Titel „Begründung“ und beginnt mit einer außerordentlich lebhaften Abfrage über die Fortführung der Sozialpolitik durch den Reichstag. Die dringendsten Witten, Mahnungen und Proteste der Industriellen dagegen seien umsonst gewesen, die der Industrie „abträgliche“ Gesetzgebung werde fortgesetzt, die soziale Erörterung seien die Folge. Solche Mahnungen von der Seite zu hören, macht viel Spaß. Man muß dazu nur bedenken, daß der Reichstag seit den Wahlen von 1907 außer dem durch internationale Abmachung festgelegten Jahresbudget für Arbeiterinnen nicht ein einziges Arbeiterfragegesetz auf den Weg gebracht hat, daß die Sozialpolitik, die nachher im Reichstage als entschiedene Gegner der Industrie in sozialer Beziehung auftreten. Dieser Punkt des Rundschreibens richtet sich offenbar gegen die paar Freireisigen und Liberalen, die nicht bedingungslos mit den Scharfmachern gehen.

„Eine die Interessen der Industrie so schwer bedrohenden Gefahr sind aufzudecken, weil im Reichstag Männer sitzen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in der Industrie, mit deren Interessen und Lebensbedingungen vertraut sind, die aber nicht die Interessen der Industrie, die Bevölkerung und das Wohl der Nation bis in die Einzelheiten genau kennen und die es verfehlen, dieser Kenntnis Geltung zu verschaffen. Wir sind überzeugt, daß bei richtiger Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse die große Mehrheit der Abgeordneten sich von dem Wanne der sozialistischen, sozialpolitischen und sonstigen theoretischen Anschauungen und parteipolitischen Missverständnissen befreien werde, unter dessen Einwirkung sie jenen Gefahren zugestimmt haben.“

„Wichtig ist über den Mangel sachkundiger Männer in unsern Parlamenten gesagt, auch die Ursache dieses Mangels wohl erkannt worden. Die Industrie hat keine Wähler. In den überwiegend industriellen Wahlkreisen sind ihr die Wähler durch die Arbeiterorganisationen, vornehmlich durch die der Sozialdemokratie, entzogen worden; in den andern Wahlkreisen hat das Ueberwiegen der landwirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen der Vertretung industrieller Bedürfnisse keinen Raum gelassen. Hier muß eingegriffen werden, um eine Werbung zum Wohlergehen der Wähler zu ermöglichen. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, im gegebenen Falle eine Verbindung zu knüpfen, die die Interessen der Industrie herbeiführen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Industrie der andern Seite auch etwas zu bieten hat.“

„Solange politische Wahlen bestehen, ist es immer die vornehmste Aufgabe der Parteien und ihrer hervorragenden Führer gewesen, so viel Geld als möglich zur Verwendung bei den Wahlen zusammenzubringen. Darum ist zu erwarten, daß mit dem Geld auf den Wahlen die Interessen der Industrie werden kann, und zweitens, daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als vollkommen legal angesehen wird; das natürlich nur, wenn die Verwendung eine durchaus lokale ist.“

„Erfahrungsgemäß ist bei den Wahlen sehr viel durch eine an sich durchaus erlaubte Agitation zu machen, die jedoch meistens sehr große Summen erfordert. Können diese von der Industrie zur Verfügung gestellt werden, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Parteien bezw. die Kandidaten mit ihr paktieren, um sich die Unterstützung der Industrie durch die Verwirklichung ihrer Interessen zu sichern. Das kann wohl geschehen, ohne daß die Kandidaten ihre grundlegenden Ueberzeugungen aufgeben, ihre Ansichten wechseln oder sich gar in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis von der Industrie begeben; es werden daher auch nur solche Fälle ins Auge zu fassen sein, in denen derartige Verhältnisse von vornherein ausgeschlossen sind.“

„Es kann auch nicht die Rede davon sein, in absehbarer Zeit auf dem hier bezeichneten Wege eine die Interessen der Industrie wünschenswerte und vertretbare sichere Mehrheit in den gelobenden Wählerkreisen zu erlangen. Sehr viel wird aber gewonnen sein, wenn es gelang, zunächst auf die Wahl einer kleineren Anzahl von Männern durchzuführen, die es verfehlen, sachkundig die gewerblichen Verhältnisse darzulegen und für deren Interessen einzutreten.“

„Es ist auch eingewendet worden, daß die Einwirkung in allen Wahlkreisen unerschwinglich an Arbeit und Geld erforderlich würde. So soll aber auch nicht vorgegangen werden. Die überwiegende Mehrheit der Wählerkreise befindet sich sozusagen in festen Händen; auf diese Arbeit und Geld zu verwenden, würde tödlich sein. Es sollen nur solche Wahlkreise mit ungewissen, schwankenden Mehrheiten, in denen verschiedene Parteien um den Sieg kämpfen, der bei einer oder der andern Partei durch das Eintreten der Industrie erleichtert oder gehindert werden könnte, ins Auge gefaßt werden. Solche Wahlkreise aufzufinden, in denen mit Hilfe besonderer Kommissionen oder Vertrauensmänner tatkräftig und energisch zu wirken, das wird die Hauptaufgabe des Geschäftsführers der für den Wahlfonds eingesetzten Kommission sein.“

„Man kann unsern Gewinnigen Parteiblatte vollkommen bestimmen, wenn es folgende ist: Wir wollen nicht mit den Herren vom Juliussturm darüber streiten, ob ihr Vorhaben lokal und durchaus erlaubt ist. Wir halten es für schädlich und für elende schmutzige Korruption, wenn Kandidaten oder Parteien, um Geld zu bekommen, mit irgendwem „paktieren“ und irgendwelche Zugeständnisse machen; aber die Ritter vom Mamon werden darüber natürlich ganz anders urteilen.“

„Nicht auf das Moralische, sondern auf das Politische kommt es uns an. Die Juliusstürmer werden bis zu sechs Millionen etwa 10 Millionen Mark in ihren Arbeiterkreisen und Leiharbeiterkreisen. Mit dieser Restsumme werden sie in allen nicht ganz sicheren Wahlkreisen eine Rekrutierung gegen uns entfalten. Eine unendliche Zahl von Flugzetteln und Wanderebern werden das Land überflutet, die nationalliberale Partei aber wird mit industriellen Geld gefüllt, alle Antischnitzung aufgeben und nur noch mit Scharfmachern die Wahlkreise kandidieren. Offen werden die Scharfmacher

dabei nirgends hervortreten, sondern stets nur insgeheim Geld geben und dafür den „nationalen“ Kandidaten den Treueid abnehmen.“

„So steht uns wirklich ein heißer Kampf bevor, und die Wahlbeteiligung wird mindestens die vom vorigen Male erreichen. Möchten deshalb unsere Genossen keine Stunde mehr verjähren, sich für diesen großen Tag des Volksgerichts zu rüsten und unsere Organisation für alle Möglichkeiten fertig machen. Möchten sie vor allem die Arbeiterpresse immer weiter hinausdrängen. Nur wenn die Arbeiterklasse unermüdet dieses Jahr vor der Reichstagswahl für die Verstärkung unres Kampfesheeres und die Einübung auch des letzten Rekruten der Proletarierarmee sorgt, nur dann werden wir 1911 den großen Sieg erringen und die volle Macht für die Sozialdemokratie nehmen, die wie alle mit glühender Leidenschaft herbeistehen.“

Arbeiterbewegung.

Streik, Aussperrung und Sperren.

Zugung ist ferngehalten von:

Gastwirtsgehilfen nach Lokal von Martin Mänker, Lokführer, Königstraße 2, „Gasthof unter den Linden“, und Bauers Hofhof, Kirchhofstraße;

Hafenarbeitern nach Harburg (Ebe);

Rümpeln nach der Vereinigten Fabrikanten-Gesellschaft m. b. H. Road u. Witt, Hamburg-Wilhelmsburg;

Lithographen und Steindruckern nach Hamburg, Firma G. Carl.

Hamburg und Umgegend.

Achtung, Arbeiter!

Der Abschreibefrei in Harburger Hafen dauert unverändert fort. Der Hamburger Steuer Karl Eber läßt dort die Streikarbeiten verrichten. Steuer gehe nach Harburg! Jeder übe streng Solidarität!

Achtung, Schneider!

Bei der Firma G. D. D. Hoff, Bremen, sind die Schneider wegen fortgesetzter Missetaten und Nichterfüllung der Organisation in den Streik getreten.

Deutsches Reich.

Die Gährung unter den Gelben.

Zu Anfang dieser Woche hatte die Gewerkschaftliche Augsburg des Metallarbeiterverbandes nach dem Saalbau eine öffentliche Metallarbeiterversammlung nach dem Saalbau eine einer gewaltigen Demonstration gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübten Terrorismus gefasst. Mehr als 3000 Metallarbeiter, darunter mehr als die Hälfte Gelbe, waren erschienen und spendeten den Rednern für den Reichstagswahlkampf. Die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Nürnberg in den Werken Nürnberg, Guitshausen und Augsburg“ festgelegt. Zahlreich konnte nachgewiesen werden, daß im Gegenzug zu andern Werken in Augsburg, dem Siege der gelben Bewegung, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen und daß die Erfolge der gelben Organisation in umwürgter Behandlung und Lohnreduktionen — innerhalb eines Jahres wurden die Löhne für Arbeiterinnen bis zu 60 pzt. reduziert — bestehen. Die Aufforderung an die Gelben, aus dem gelben Verein aus- und in den deutschen Metallarbeiterverband einzutreten, wurde mit lauten Bravo aufgenommen. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Votum für die Sozialdemokratie, in das die Gelben, ungeachtet der neben ihnen stehenden Arbeiter und Vorgesetzten, lebhaft einstimmten. Die großartig verlaufene Versammlung hat aufs neue gezeigt, daß die gelbe Bewegung selbst an ihrer Geburtsstätte ihren Höhepunkt überschritten hat und daß die Arbeiter Augsburgs sich wieder auf sich selbst bestimmen.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Kürzlich hielten die Eisenbahner Leipzigs eine Versammlung ab, um sich über ihre wirtschaftliche Lage auszusprechen. In einer Resolution forderten sie die gesamten Eisenbahner auf, sich in der Reichsleitung der Eisenbahnen des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu organisieren. Das hat aber die Generaldirektion der kaiserlichen Staatsbahnen veranlaßt, gegen die Angehörigen und Arbeiter wiederum das Verbot der Koalition ergehen zu lassen. Sie droht jedem mit Entlassung, der es wagen sollte, seine wirtschaftlichen Interessen selbständig vertreten zu wollen. Unter dem 28. Februar erging an alle Leipziger Dienststellen folgender Befehl:

Warnung.

Der Königl. Generaldirektion ist bekannt geworden, daß vor kurzem in Leipzig eine Versammlung stattgefunden hat, die von einer größeren Zahl von Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung besucht gewesen ist, und in der eine, von der Versammlungsleitung vorgeschlagene, zum Beitritt zur Reichsleitung der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes aufzufordernde Resolution Annahme gefunden hat.

Dieser Vorgang gibt der Königl. Generaldirektion Veranlassung, unter Verwarnung auf die früher wiederholt ergangenen Verbote vor der Zugehörigkeit zu genannter Reichsleitung, vor jeder Unterzeichnung ihrer Verordnungen und insbesondere vor dem Besuch der von ihr einberufenen Versammlungen bei Vermeidung der Entlassung aus dem Eisenbahndienst erneut ernstlich zu warnen.

Königl. Generaldirektion der Kgl. Sächs. Staats-Eisenbahnen. v. Kirchbach.

Das ist die alte Annullenpolitik des kaiserlichen Statutes. Wie wenig Erfolg ihr beschieden ist, das zeigt der Hinweis auf die „wiederholt ergangenen Verbote“. Die Organisation der Eisenbahner wird wachsam, trotzdem und alledem!

Achtung, Küfer, Böttcher und Fassbinder!

Bei den Vereinigten Fassfabriken (Zentrale Kasse) haben die Küfer in Aufstand. Der Zugung ist streng ferngehalten. Da die Firma internationale Verbindungen hat, wird die Arbeiterpresse des In- und Auslandes um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung.

Streik in der Gußbranche in Rathenow. Wegen Lohnrückfragen legen am Dienstag früh circa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen der Guß- und Kartonnagenfabrik von Wollsch u. Co. und Wöding in Rathenow die Arbeit nieder, nachdem der Verhandlungsleiter, der mit den Firmeninhabern verhandeln wollte, brieflich abgewiesen worden war. Die Ausschüßigen, welche größtenteils dem deutschen Gußarbeiterverband angehören, verlangen tarifliche Bezahlung. Zugung ist streng ferngehalten.

Lohnbewegungen im Wäckergerwerbe. In Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Karlsruhe und anderen Städten Süddeutschlands haben die organisierten Wäckerer in Unterhandlungen mit den Arbeitgebern, um günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Eine gütliche Beilegung der Differenzen ist in einigen Städten dank des prägnanten Verhaltens der Innungen kaum zu erwarten. Die Werbetrommel zur Gewinnung von Arbeitswilligen wird seitens der Stuttgarter Innungen gewaltig gerührt. Vor allem sollen die Wäckermeister-Verbände als Schutzzuppen mobil gemacht werden, um im geeigneten Moment einmarschieren zu können. Ganz besonders scheint man mit Zugung an Wäckerern, und sofort an untergeordnete Arbeiter, die Wäckerer zu machen, wenn sie in Erfahrung bringen, daß Wäckermeister ihre Söhne in das Streikgebiet schicken. Name, Wohnort und Straße des betreffenden Wäckerers genügt nicht, Angabe, in welcher Stadt der Arbeitswillige arbeitet. Zugung ist streng ferngehalten.

Verband der Väter und Konditionen, Bezirk Württemberg. S. A. Fritz Manz, Stuttgart, Christophstraße 24, Stb. III.

Schneideraussperrung in Stuttgart. Die vom Stuttgarter Kleiderfabrikantenverband angeordnete Aussperrung der Schneider ist am 1. März vollzogen worden. Ausgesperrt sind circa 35 Mann. Zugung ist ferngehalten!

200 Bediensteter der Badischen Lebzelterei in Karlsruhe und Zeuthen haben den bisherigen Tarif gekündigt. Sie verlangen Verhinderung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnverhöhung, sowie Gewährung von Urlaub

Weitere Folgen der Tabaksteuer. In Bönninghausen (Kr. Lübeck, Westfalen) müssen 10 Arbeiter der Firma Zeinmeister u. Wollschke Hände feiern. Außerdem hat die Firma 25 1/2 pro Mille abgezogen wegen angeblich zuviel Verbrauch. Zum dritten Male feiern an diesem Orte 50 Arbeiter 4 Wochen der Firma Krüger-Gesellschaft. Aug. Blase-Schilde läßt 112 Arbeiter auf unbestimmte Zeit feiern. In Holzhausen lassen Müller u. Martens-Gamburg 30 und Schwab-Klona 25 Arbeiter feiern. Wodmann u. Neumann-Bremen lassen in Walsheim und Geiringen 105 Arbeiter feiern. In Glesbeck müssen 55 Arbeiter von Belmer u. Wodmann-Bremen 6 Wochen ungeschäftigt feiern; von Leonhard u. Co. 10 Arbeiter 6 Wochen schon seit dem 1. Januar.

Der Zugung von baugewerblichen Arbeitern nach Paris wird genehmigt. Die Föderation Nationale des Travailleurs de l'Industrie du Rationnement sendet dem „Zimmerer“ folgenden Aufruf:

An die Bauarbeiter Frankreichs und des Auslands! Kameraden!

Unter dem Vorwand, daß die Ueberschwemmung die Ausführung wichtiger Arbeiten nötig machen wird, hat die Arbeitgeberchaft zu einem leicht zu verheißenden Zweck an die Arbeiter Frankreichs und des Auslands einen Appell gerichtet.

Schon eine beträchtliche Anzahl von Kameraden hat sich durch diesen Aufruf verführen lassen und vergrößert so die Zahl der Zeuhen von Arbeitlosen in der Hauptstadt.

Die Föderation du Rationnement und die Union des Syndikats de la Seine möchten hiermit allen Arbeitern in Erinnerung bringen, daß Paris sich im Besatz befindet und daß sie aus diesem Grunde sich nicht dortin begeben dürfen, wenn sie nicht die schon große Zahl der Unglücklichen noch vergrößern wollen.

Wir können den Bourses du Travail, den nationalen und internationalen Verbänden und Gruppen nicht genug empfehlen, diese Nachricht den Arbeitern zu übermitteln und sie in ihren Lokalfaktionen auszuführen.

Das Wandern der Pariser baugewerblichen Unternehmer ist durchaus genug, um von allen denkenden Arbeitern erkannt zu werden. Es dient dem Zweck, künstlich ein Ueberangebot von Arbeitskräften herbeizuführen, um dann willkürlich die Löhne drücken und die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Diese schändlichen Absichten müssen vereitelt werden. Daher gehe niemand nach Paris!

Internationales.

Zur Bewegung des französischen Lokomotivpersonals wird aus Paris berichtet: Minister Willard verurteilt den Streit mit den Lokomotivführern und Heizern der Staatsbahnen dadurch beizulegen, daß er ihnen Brezetter zugibt, sie sollen, falls sich ihre Forderungen als berechtigt erweisen, dieselbe Entschädigung und Prämie wie früher erhalten. Die Lokomotivführer und Heizer beschließen jedoch in einer in der vergangenen Nacht abgehaltenen Versammlung, in der das Symbol der Eisenbahner ihnen vollste Unterstützung versprochen, alle Forderungen zu unterstützen, die sie erhalten und gegebenenfalls in den Kampf zu treten.

In Philadelphia ist die „Ordnung“ wieder hergestellt und die Staatspolizei zurückgezogen. Die Verlegung des Straßenbahnverkehrs wird, nachdem eine Anzahl Großkaufleute als Vermittler eingetreten sind, als unmittelbar bevorstehend angesehen.

Soziale Rundschau.

Deutsche Arbeiter an Peter Roggeger. Kürzlich hat der Richter Peter Roggeger an die wohnhaften Deutschen die Aufforderung gerichtet, durch Bildung von Zweitausendkronen-Bausparen eine Immobilienversicherung ins Leben zu rufen, die dem Deutschen Schulverein zu dem Zwecke übergeben soll, damit er in nationalbedrohten Gegenden deutsche Schulen errichte. Der Hauptaktionär der Reuender Kammergarnspinnerei, der vielsache Millionär Kommerzienrat Wulff, hat aus einem solchen Bausparen 2000 Kronen gezeichnet. Dies veranlaßt einige deutsche Arbeiter von Reuend, wie die Leipziger „Freiheit“ mittelt, an Peter Roggeger einen offenen Brief zu schreiben, in dem es u. a. heißt: „Eine Anzahl, die jetzt anpruchsvoll durch die Richter geht, veranlaßt einige arme deutsche Arbeiter, an Sie, hochgeschätzter Richter, diesen offenen Brief zu richten. In der reichlichen Stadt Reuend bei Karlsruhe ist eine Zwangsburg für deutsche Arbeiter errichtet. Wohl sind wir im Ertragreiche schlechte Löhne gemacht, was sich aber die Kammergarnspinnerei in Reuend leistet, spottet jeder Menschlichkeit. Bei anstrengender Arbeit verdienen dort die Mädchen Löhne von 1 Krone bis 1 Krone 60 Heller. In der sogenannten „Vorbereitung“ entlohnt man männliche Arbeiter mit 1 Krone 80 Heller bis 2 Kronen pro Tag. Männer, die zehn bis fünfzehn Jahre in dieser Fabrik beschäftigt sind, können von Glück reden, wenn sie zu einer Tagesentlohnung in der Höhe von 2 Kronen 40 Heller gebracht haben. In der Sortiererei verdienen die dort beschäftigten Mädchen täglich 1 Krone 20 Heller, die „Aufseher“ entlohnt man mit 1 Krone 20 Heller bis 1 Krone 80 Heller, die „Anstreicher“ — das sind angeblich bis zwanzigjährige Mädchen — mit 1 Krone 50 Heller bis 1 Krone 60 Heller im Tage. Die Spinnerei verdienen bei anstrengender Arbeit höchstens durchschnittlich 20 Kronen, die Spinnmeister 10 Kronen wöchentlich. Derselbe Arbeitergesellschaft ist im Besitz mehrerer Fabriken, nirgends mag man solche Elendslöhne zu bieten wie in Reuend. Ein wahrhaft russisches Spindelwesen ist eingerichtet, um die Arbeiter nicht nur in der Fabrik, sondern auch innerhalb des Familienkreises zu überwachen. Wehe dem Arbeiter, der ein sozialdemokratisches Arbeiterblatt im Saal trägt, ihm ist die Entlassung sicher; wehe, wenn er mit einem Menschen spricht, der im „Verdacht“ steht, Sozialdemokrat zu sein, er wird verurteilt und verurteilt. Junge Mädchen, die in Unkenntnis der Sachlage an einer Tanzunterhaltung teilnehmen, die auch von sozialdemokratischen jugendlichen Arbeitern besucht war, wurden ohne Erbarmen auf die Straße gesetzt. Wehe und dreißig hier dieses Fabrikunternehmens unter dem Namen „Die Schloßplananlage“ bekannt. Nun lesen wir in den Zeitungen, daß der Leipziger (Hauptaktionär) der Reuender Kammergarnspinnerei, der vielsache Millionär Kommerzienrat Wulff, hat aus einem solchen Bausparen 2000 Kronen für die Roggeger-Sammlung gezeichnet. Herr Roggeger! Protektieren Sie energisch gegen diese Absicht! Veranlassen Sie den Deutschen Schulverein, daß er dieses Ungeheuer, dem deutschen Volksgenossen in unerhörter Weise erpreßt, sofort zurückziehe. Es mag ja sein, daß mehr Bausparen aus nicht einwandfrei Geld gezeichnet wurden; solange Sie, Herr Roggeger, davon nichts wissen, können Sie sich dagegen nicht wehren. In diesem Falle erfüllen wir eine Pflicht, wenn wir Sie aufmerksam machen, daß Ihr Name, wenn auch nur mittelbar, durch 2000 Kronen eines Arbeiterchinders befehligt wird. Wenn Sie uns nicht glauben wollen, kommen Sie selbst her oder senden Sie eine Vertrauensperson. Beobachten Sie die armen, ausgebeuteten Volksgenossen, wie sie nach Arbeitslosigkeitsgeldern, willkommen begnügen, dazu die besten der Stadt durchstreifen; sehen Sie sich die abgemagerten Frauen mit trambuschförmigen Gesichtern, die ausgebeuteten, unentgeltlichen jugendlichen Arbeiter, die nach Schultern gleichen, an, wir zweifeln nicht einen Augenblick, daß Sie sich rückhaltlos an unsere Seite stellen würden. Die Deutscher, die darin gelegen ist, bedrohten deutschen Volksgenossen 2000 Kronen zu spenden, sich dafür in willfährigen Zeitungen preisen zu lassen und Jahre hindurch Millionen glücklich bedienten Arbeitslosen deutschen Volksgenossen vorzuenthalten, schreit zum Himmel!“

Die Streikleitung. Kürzlich hielten die Eisenbahner Leipzigs eine Versammlung ab, um sich über ihre wirtschaftliche Lage auszusprechen. In einer Resolution forderten sie die gesamten Eisenbahner auf, sich in der Reichsleitung der Eisenbahnen des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu organisieren. Das hat aber die Generaldirektion der kaiserlichen Staatsbahnen veranlaßt, gegen die Angehörigen und Arbeiter wiederum das Verbot der Koalition ergehen zu lassen. Sie droht jedem mit Entlassung, der es wagen sollte, seine wirtschaftlichen Interessen selbständig vertreten zu wollen. Unter dem 28. Februar erging an alle Leipziger Dienststellen folgender Befehl:

Der Königl. Generaldirektion ist bekannt geworden, daß vor kurzem in Leipzig eine Versammlung stattgefunden hat, die von einer größeren Zahl von Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung besucht gewesen ist, und in der eine, von der Versammlungsleitung vorgeschlagene, zum Beitritt zur Reichsleitung der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes aufzufordernde Resolution Annahme gefunden hat.

Dieser Vorgang gibt der Königl. Generaldirektion Veranlassung, unter Verwarnung auf die früher wiederholt ergangenen Verbote vor der Zugehörigkeit zu genannter Reichsleitung, vor jeder Unterzeichnung ihrer Verordnungen und insbesondere vor dem Besuch der von ihr einberufenen Versammlungen bei Vermeidung der Entlassung aus dem Eisenbahndienst erneut ernstlich zu warnen.

Königl. Generaldirektion der Kgl. Sächs. Staats-Eisenbahnen. v. Kirchbach.

Das ist die alte Annullenpolitik des kaiserlichen Statutes. Wie wenig Erfolg ihr beschieden ist, das zeigt der Hinweis auf die „wiederholt ergangenen Verbote“. Die Organisation der Eisenbahner wird wachsam, trotzdem und alledem!

Achtung, Küfer, Böttcher und Fassbinder! Bei den Vereinigten Fassfabriken (Zentrale Kasse) haben die Küfer in Aufstand. Der Zugung ist streng ferngehalten. Da die Firma internationale Verbindungen hat, wird die Arbeiterpresse des In- und Auslandes um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung. Streik in der Gußbranche in Rathenow. Wegen Lohnrückfragen legen am Dienstag früh circa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen der Guß- und Kartonnagenfabrik von Wollsch u. Co. und Wöding in Rathenow die Arbeit nieder, nachdem der Verhandlungsleiter, der mit den Firmeninhabern verhandeln wollte, brieflich abgewiesen worden war. Die Ausschüßigen, welche größtenteils dem deutschen Gußarbeiterverband angehören, verlangen tarifliche Bezahlung. Zugung ist streng ferngehalten.

Lohnbewegungen im Wäckergerwerbe. In Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Karlsruhe und anderen Städten Süddeutschlands haben die organisierten Wäckerer in Unterhandlungen mit den Arbeitgebern, um günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Eine gütliche Beilegung der Differenzen ist in einigen Städten dank des prägnanten Verhaltens der Innungen kaum zu erwarten. Die Werbetrommel zur Gewinnung von Arbeitswilligen wird seitens der Stuttgarter Innungen gewaltig gerührt. Vor allem sollen die Wäckermeister-Verbände als Schutzzuppen mobil gemacht werden, um im geeigneten Moment einmarschieren zu können. Ganz besonders scheint man mit Zugung an Wäckerern, und sofort an untergeordnete Arbeiter, die Wäckerer zu machen, wenn sie in Erfahrung bringen, daß Wäckermeister ihre Söhne in das Streikgebiet schicken. Name, Wohnort und Straße des betreffenden Wäckerers genügt nicht, Angabe, in welcher Stadt der Arbeitswillige arbeitet. Zugung ist streng ferngehalten.

Verband der Väter und Konditionen, Bezirk Württemberg. S. A. Fritz Manz, Stuttgart, Christophstraße 24, Stb. III.

Schneideraussperrung in Stuttgart. Die vom Stuttgarter Kleiderfabrikantenverband angeordnete Aussperrung der Schneider ist am 1. März vollzogen worden. Ausgesperrt sind circa 35 Mann. Zugung ist ferngehalten!

200 Bediensteter der Badischen Lebzelterei in Karlsruhe und Zeuthen haben den bisherigen Tarif gekündigt. Sie verlangen Verhinderung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnverhöhung, sowie Gewährung von Urlaub

legte das Ruder hart nachbord, um das Schiff in der gleichen Richtung zu halten, außer Gefahr zu bringen oder möglichst die „Andoni“ an Bord zu paktieren. Die „Andoni“ drehte aber plötzlich nach Steuerbord und kam dadurch quer vor den Bug der „Ebea“. Nachdem die Maschine der „Ebea“ einige Zeit rückwärts gearbeitet hatte, erfolgte die Kollision, bei der die „Andoni“ etwas im rechten Winkel an der Bordbordseite getroffen wurde, und zwar mittschiffs bei der Kommandobrücke. Man hat der „Andoni“ Hilfe an, aber ihr Kapitän lehnte sie ab.

Von der Befragung der „Andoni“ liegt folgende Darstellung des Unfalles vor: Der Dampfer befand sich zurecht der Kollision vor der Reise von Oppe nach Oran. Durch eine in Lagos stattgehabte Verhandlung vor einem englischen Gerichte sei festgestellt worden, daß beide Dampfer bei der Kollision im Calabar River eine zu große Fahrgeschwindigkeit gehabt hätten, daß die „Ebea“ in der Mitte des Stromes gefahren sei und die „Andoni“ nicht die rechte Seite des Fahrwassers innegehalten habe.

Von der Befragung der „Andoni“ sind keine Zeugen zur heutigen Verhandlung geladen. Ihre Rederei wird durch den Rechtsanwalt Dr. Antoine-Freil vertreten.

Die Befragung der „Ebea“ hat erklärt, daß auf der „Ebea“ schon bei der Annäherung der Kollision ein lautes Warnungssignal für etwa entgegenkommende Dampfer gegeben sei. Die „Andoni“ habe sich im falschen Fahrwasser gehalten. Die Kollision habe nicht am Bug, sondern am Heck stattgefunden. Die Kollision habe nicht am Bug, sondern am Heck stattgefunden. Die Kollision habe nicht am Bug, sondern am Heck stattgefunden. Die Kollision habe nicht am Bug, sondern am Heck stattgefunden.

Die Engländer haben ausgegagt, der Fluß habe an der Kollisionsstelle eine Breite von 450 bis 500 Yards. Beim Zusammentreffen der „Ebea“ habe man die Maschine gekloppt und auf volle Kraft rückwärts angelegt. Zurecht der Kollision habe sich die „Andoni“ circa 200 Yards vom Ufer befunden. Die „Andoni“ habe einen Tiefgang von 14 Fuß. Es war Hochwasser.

Der Reichsgericht hat erklärt, daß die „Ebea“ genügt weit in ihrem richtigen Fahrwasser gefahren sei, während die „Andoni“ sich nicht weit genug an der rechten Seite des Fahrwassers befunden und dadurch gegen die Vorschriften der Seeversicherungsordnung verstoßen habe. Beide Schiffe haben dadurch gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen, daß sie eine zu rasche Fahrt machten. Hieraus sei aus in erster Linie die Ursache der Kollision zu erblicken und auch die Folgen der Kollision seien dadurch schwerer geworden.

Das Seeamt gibt folgenden Spruch ab:

Am 19. September 1909 hat bei seven Fathoms Point auf dem Calabar-Fluß ein Zusammenstoß zwischen dem deutschen Dampfer „Ebea“ und dem englischen Dampfer „Andoni“ stattgefunden, durch welchen beide Schiffe beschädigt wurden.

Der Unfall ist von beiden Schiffen verschuldet, weil sie die Kollision entgegen der in der Seeversicherungsordnung mit voller Kraft runderen.

Die „Andoni“ trifft außerdem der Vorwurf, sich nicht in genügender Weise an der rechten Seite des Fahrwassers gehalten zu haben, während die „Ebea“ am Bug der „Andoni“ den Fehler gemacht hat, unter Nachbord mehr nach der Mitte des Fahrwassers hinüberzugehen.

In Tode gequ coast.

Auf der Reise des zur Hamburg-Amerika-Linie gehörigen Dampfers „Solida“, Kapitän Selmer, von Hamburg nach Westindien, brach am Morgen des 9. Dezember vorigen Jahres der Steuerbord-Schiffdruckluftapparat. Die Maschine wurde gekloppt. Bevor jedoch die Drehvorrichtung vollständig eingedrückt war, ließ der Schmirer Johannes S. o. w. e. d. e. h. e. n. am 18. Juni 1884 zu Draußen bei Johannsburg, ohne Auftrag in die Kurbelkammer, ansetzenden, um den zerbrochenen Bolzen herauszuholen. Durch den herrschenden starken Segang wurde die Maschine plötzlich bewegt und der Schmirer wurde zwischen Bordwand und Kurbel gequetscht. Man befreite den Mann sofort aus seiner furchterlichen Lage und schaffte ihn an Deck. Er hatte schwere Verletzungen der Oberextremität, Boden und der Wirbelsäule erlitten und starb nach zwei Stunden. Die Leiche wurde nach Seemannsbrauch beigesetzt.

Der Spruch des Seeamts lautet:

Der Schmirer Johannes S. o. w. e. d. e. h. e. n. ist am 9. Dezember 1909 auf dem Dampfer „Solida“ in der Maschine durch die Schiffdruckluft tödlich verletzt worden.

Der Unfall ist auf die eigene Unvorsichtigkeit des Verunglückten zurückzuführen, weil er in seinem Dienstverhältnis die Kurbelkammer betrat, bevor die Maschine vollständig gegen Drehung gesichert war.

Es trifft die Maschinenleitung keine Schuld an dem Unfall.

Ein Opfer eines Schiffes

Als am 18. Dezember vorigen Jahres der zur Deutsch-Australischen Dampfschiffgesellschaft in Hamburg gehörige Dampfer „Sion“ von Hamburg nach Westindien auf der Reise von Neu-Galedonien nach Sydney brach, und nachmittags noch etwa 200 Seemeilen von dem Hafen entfernt war, fand der dritte Offizier Carl Reinhard Witt, geboren am 24. Oktober 1875 zu Westerland auf Söl, an der Bordbordseite und war mit Loten beschäftigt. Plötzlich brach das Tau eines Bolzens, durch den die Kurbelkammer lief. Durch den hierbei entstehenden Auswurf wurde Witt über Bord geschleudert. Man war ihm einen Rettungsring zu, den Witt auch als guter Schwimmer ergriff und festhielt. Die Maschine wurde gekloppt, ein Boot wurde zu Wasser gebracht und unter Leitung des dritten Offiziers nach der Unfallstelle gerudert. Als man nur noch eine kurze Strecke vom dem Verunglückten entfernt war, versank er plötzlich mit dem Rettungsring unter Wasser. Wenige Minuten später kam der Rettungsring wieder an die Oberfläche des Wassers, aber von dem Offizier wurde nichts wieder gesehen. Das Boot trieg nun längere Zeit umher und sah verschiedene Schiffse. Es ist daher anzunehmen, daß Witt ein Opfer eines der häufigsten Gefahren ist, die dem Augenblicke, als die Rettungsringe in der Höhe war.

Der feierliche Spruch hat folgenden Wortlaut:

Der dritte Offizier Carl Reinhard Witt ist am 18. Dezember 1909 auf dem Dampfer „Sion“ über Bord gefallen und ist, bevor er gerettet werden konnte, aus dem Bereich ergriffenen Rettungsring von einem Schiff in die Tiefe gezogen.

Der Unfall ist auf die erhebliche eigene Unvorsichtigkeit des Verunglückten zurückzuführen, weil er sich beim Ausrichten eines verbotenen Geländers ohne Notwendigkeit außerhalb in sehr gefährlicher Weise hinsetzte und die Warnung des Kapitäns unbeachtet ließ.

Aus den Schöffengerichten.

2. März.

Zum Kapitel „Höhere Strafen für besterleerene Seelen“. Gestern und heute gelangten wieder einige Fälle aus § 98 der Seemannsordnung zur Verhandlung. Während, wie seit dem bekannten Schreiben des Oberamtsrichters Dr. Leddort an „Seine“ Schöffengerichte wiederholt berichtet, früher eine Geldstrafe von M. 10 bis 20 als ausreichend erachtet wurde, werden jetzt solche von M. 50 bis 60 erkannt, wie das im Schöffengericht IV bei verschiedener Belegung geschehen ist. Der Amtsanwalt beantragt die bekannten „Wünsche“ der Nieder vertretend, „Normalstrafen“ von M. 100. Die Hamburger Gerichte befinden also das nötige Verhältnis für die bedrängte Lage der Reedereien.

Eigentumsrechte vorbehalten. Der Gastwirt B. kaufte von einer Firma einen Wagen zum Preise von M. 960 gegen Zeilabgaben in Höhe von M. 50 monatlich. Nach dem üblichen Vertrage befreit sich die Firma das Eigentum übergeben bis zur vollständigen Abzahlung der Diefen Vertrag soll B. verlegt haben, indem er den Wagen veräußerte, weshalb er der Unterlegung angeklagt ist. Er erhielt veräußerte, weshalb er der Unterlegung angeklagt ist. Er erhielt veräußerte, weshalb er der Unterlegung angeklagt ist. Er erhielt veräußerte, weshalb er der Unterlegung angeklagt ist.

Auktionen.

3. März.

10 Uhr: Alterwall 48, Möbeln, Bilden, Treppe und Teppichläufer, Edelsteinen (Emil Wollsch).
10 Uhr: Jägerstraße 27, Möbeln, Haushaltsgegenstände, Wollen, Schmuck, faden (Geisler).
10 Uhr: Sengereß 93, Fettwaren-Einrichtung (A. v. Würzen).
10 Uhr: Dohle Bleichen 8/10, Zimmer-Einrichtungen, Teppiche, Gemälde, Bringsalm (Emil F. C. Wollsch).
10 Uhr: Wegstraße 1, fadens, wollenen und Perl-Bezüge, Carbinen (W. Brand).
10 Uhr: Grindelallee 57, Manufakturwaren, Wäsche, holland. Waren (S. Wollsch).



Geschenkt

Ruhestuhl, Mädelservice, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benutzung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



Flammers Seife u. Seifenpulver

Vertreter: **John Rohlfis**, Hoheluff - Chaussee 116.
Fernsprecher: No. 8913, Amt II.

Konfirmations-Geschenke in Uhren und Goldwaren
Rud. Steinmatz
Uhrmacher und Juwelier
Hammerbrookstr. 91
Gewissenhafte Reparaturwertarbeit.

Kompl. Feder-Bett 12⁵⁰
40-29,75 23,95 19,75 15,60
Rudolf Strobel, Jakobstr. 46/48

Pfand-Geschäft
Schmuckstrasse 7 u. 9, St. Pauli.
gegründet 1880.
Reichgestiftete Tischdecken
in Filzsch. M. 1,85, Vliestischd. M. 2,50,
echte Filzsch. M. 7.
Teppich-Duster, Eternorstr. 5, I. u. II.

Altona-Ottensen.

Massendemonstrations-Versammlung unter freiem Himmel

für ein freies und gleiches Wahlrecht in Preussen

auf dem Platze an der Rackertwiete, zwischen Kreuzweg und Bahrenfelder Steindamm, am Sonntag, 6. März 1910, vormittags 11^{1/2} Uhr.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei für Altona-Ottensen.
W. Sievert. H. Kürbis.

Sozialdemokratischer Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 4. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tages-Ordnung:
1. Wahlrechtsforderungen — Wahlrechtskämpfe. Referent: Genossin **L. Zietz** - Berlin. 2. Abrechnung. 3. Beschlussfassung über Pfingst- und Sommervergnügen. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.
Beitrittsrückstellungen zur Partei werden am Eingang des Saales entgegen genommen.

Achtung! Sunde!
Öffentl. Versammlung
am Sonnabend, 5. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn **H. Pahlen**.
Tages-Ordnung:
1. Die Frauen Preussens im Wahlrechtskampfe. Referentin: Genossin **Fran L. Zietz**, Berlin. 2. Diskussion.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.
Mitgliedschaft Sunde.

Gewerkschaftstaktik von Hamburg-Altona.
Alle Gewerkschaftsfunktionäre werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, die im redaktionellen Teil dieses Blattes veröffentlichte Bekanntmachung, betreffend die Gewerkschaftswahlen, zu beachten und dafür zu sorgen, daß sich jeder Wahlberechtigter in die Wählerliste eintragen läßt.
Die Kommission.

Mitgliederversammlung der „Die Vereinigung der Brettchneider“
am Sonntag, 6. März 1910, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn **J. Kirchhof**, Hammerbrookstraße 107.
Tages-Ordnung:
1. Protokollverlesung. 2. Abrechnung pro 1909 und Geschäftsbereich. 3. Wahl von zwei Beisetzern, des Schriftführers und Kassierers. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erbitet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Hamburg.
Heizungsfach.
Zusammenkunft der Bezirksdelegierten am Sonntag, 5. März, abends 8 Uhr präzis, bei **Stephan**, Holtenauerstraße 9.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.
St. Georger Leihhaus,
hansaplak 11, Steinbaum.
Höcher Vorverkauf, ungenutzter Eingang.

Verband der Maurer in Bremen.
Der Kollege **Franz Martin**,
Wohnhaft in Bremen, 4. J. in Hamburg, wird ersucht, am Sonntag, 6. März, vorm. 9 Uhr, im Verbandsbureau in Bremen bestimmt zu erscheinen.
Im Auftrage der Kommission:
Aug. Borgmann.
Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden um Vermittlung beim Nachtrick gebeten.
D. D.

Soeben erschienen:
Empor!
Lieder und Gedichte von **Karl Frohme**
Elegant gebunden Preis Mk. 1
hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Auer & Co.**, Hamburg 36
Fehlandstraße Nr. 11

Billigste Bezugsquelle in
Schuhwaren
Herren-Rohleder, Chevreau, ... M. 6,50, do. mit Lederspitze ... M. 6,75, Damen-Rohleder, Leder-Schnürstiefel mit Lederspitze ... M. 5,75, Damen-Boxstiefel ... M. 6,50.
Beachten Sie bitte die Preise in meinen 4 großen Schuhwarenhäusern!
A. H. Meyer, Eidelandallee 48,
Leifermann, Stadthausbrücke 19.

Nähmaschinen,
gebraucht, aber tadellos, u. Garantie, M. 30, 45, 55, 65, 75.
Bauschulung kostenlos.
Leifermann, Stadthausbrücke 19.
Gedr. Nähmasch. mit Garantiefchein M. 30. Hansaplak 4, pt. Unte.

Gewerkschaftshaus Hamburg.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva		Passiva	
M.	ℳ	M.	ℳ
An Kostenbestand	7 524 15	Res. Stammeinlagenkonto	350 000
Bankeinband, Konto I.	56 938 85	Reservenkonto:	
II.	40 125	Altona-Konto 1. Januar 1909	5 935 84
Konto Kapitalanlage	30	Beiträge der Gewerkschaften	12 264
Rückständige Stammeinlagen	34 750	Zumendung der Wäckeri „Vorwärts“	1 000
Grundstückskonto I.	490 402 08	Spezialfondskonto	670 672 18
II. Besenbinderhof 68	288 40	unverzinstlich	8 000
Gebäudekonto	1 230 271 05	Spezialfondskonto	50 924 83
Abreibung 1%	12 302 75	Garantiekonten für den Bau des Kontohauses	11 036 48
Spezialkonto Restaurant	72 574 04	Nach zu zahlende Grundstückskonten, fällig am 31. März 1910	7 350
Abreibung 10%	7 257 44	Zinsen für M. 11 036,48 Garantiekonten, fällig am 1. Juni 1910	257 47
Spezialkonto Herberge	24 915 50	Steingewinn auf neue Rechnung übertragen	1 157 55
Abreibung 25%	2 491 50		
Geldrückkonto Restaurant	12 075 70		
Abreibung 25%	8 018 70		
Geldrückkonto Herberge	2 558 95		
Abreibung 25%	639 95		
Versicherungskonto	821 60		
Barentkonto (Vorräte)	21 049 82		
Summe	1 968 597 80	Summe	1 968 597 80

Die Geschäftsführer: **E. Kretschmer, L. Gruenwaldt, L. Schoene, F. Schädlich, H. Kober, J. Rieger, W. Killmann, O. Franz, O. Friedrich, M. Hegemann, K. Hense, C. Michael.**
Der Aufsichtsrat:

für das „Hamburger Echo“

wird zum 1. April d. J. ein befähigter **Berichterstatter** gegen festes Gehalt gesucht. Parteigenossen, die auf die Stellung reflektieren, wollen ihre Offerte unter ausführlichen Angaben über ihre bisherige Tätigkeit, mit der Aufschrift „Berichterstatter“ versehen, bis zum 14. März, bei der Firma **Auer & Co.**, Fehlandstraße 11, einreichen.

Vorteile Nähmaschine
beim Einkauf einer **Leifermann's** Nähmaschine-Großhandlung, Stadthausbrücke 19.
Keine Reisende. 5 Jahre Garantie. Tretnmaschinen von M. 45 an.

Neu! **Möbelhaus** Neu!
O. Rogalski & Reimer,
Ecke Grosse Johannisstrasse und Schauenburgerstrasse.
Grosse Auswahl — Erstklassige Arbeit zu den billigsten Preisen.
Für gelieferte Waren übernimmt langjährige Garantie.

Konfirmationsuhren.
Durch besonders günstigen Einkauf einer Partie von mehr als 500 neuen silbernen **Taschenuhren** sind wir in der Lage, auf diesen **Gelegenheitskauf** besonders hohe Rabatte zu gewähren.
A. M. Polack & Co.,
nur Laden, **Hütten 91.**

Kompl. Hausstand
M. 200, 255, 372, 481, 686, 970, 1120, 1356, 1980, 2160 etc.
Garituren M. 65, 80, 100, 125 bis 800.
Taschenuhren, Steil, M. 50, 62, 65, 70 etc.
Reist. m. Federn M. 23, 26, 28, 30, 36 etc.
Wascht. m. Spieg. M. 16, 20, 24, 29, 32 etc.
Kleiderschränke M. 24, 30, 34, 45 etc.
Trumeau m. Unters. M. 30, 34, 40, 45, 50 etc.
Phantasieschränke M. 32, 40, 50, 55, 60 etc.
Veranda m. Tisch, M. 15, 18, 20, 22, 28, 30 etc.
Büfette M. 95, 110, 135, 150, 180, 225 etc.
Schreibtische M. 60, 70, 85, 100, 120 etc.
Schalze, Kompl. M. 118, 139, 180, 233 etc.
Salons M. 240, 255, 328, 375, 400, 520 etc.
Speisezimmer M. 205, 294, 370, 445 etc.
Herren-Zimmer M. 215, 285, 360, 490 etc.
Zirkus 100 komplette Muster-Zimmer in den Etagen der Vorder- und Hinterhäuser angelegt.

Garantiert neue Gänsefedern
mit Daunen vermischt in Vollpatzen oder als Patzen jedes Quantum pro Pfund Mark 1,40
Gänsekruppfedern halbwelt M. 2,00
bessere Sorte M. 2,25
Gänsefedern weiß M. 2,75
Gänsefedern weiß M. 3,00
Gänsefedern weiß M. 3,75
geg. Nachnahme oder vorherige Zahlung.
Verwendung frei. Nichtwendendes nehme zurück. Muster auf Wunsch. Auch in gewissen neuen Gänsefedern mit Daunen unterhalb ist großes Saugvermögen zu 2,60 und 3,00 Pfund das Pfund.
Rudolf Müller
Gänsefederverband
Steil 1, Pommern.

H. Pedersen,
St. G., Lindenstrasse Nr. 65 und Nr. 52,
2 Läden, 2 Souverains, 4 Klagen,
4 grosse Schaufenster.

Leihhaus, Michaelisstr. 92,
Konfirmations-Anzüge, Paletots, Jackett-Anzüge, Hosen, modern, in großer Auswahl, besonders billig!
Hausstände,
lowie Waren jeder Art kauft sofort Abdingmarkt 38. Tel. Ia, 2323.

Im Leihhaus, Brennerstr. 64:
Jackett- und Jünglings-Anzüge, einzelne Hosen, Normalunterzeuge, Silberne und goldene Herren- und Damen-Uhren und Ketten zu nie bageren billigen Preisen.

Vorverkauf-Geschäft E. & T. Braun,
Pumpen Nr. 1.
Unter Verkaufsbau befindet sich Wegberg 16/21.
Gleg. Hausid. j. Nr. 265, a. einj.,
beseht Büfett-Salon, echt Schiffs, Weizen, Gipsbüfettstr. 35, St. P., Pensionat.
Gr. engl. Hausstand für M. 255,
a. geistl. Orrengelgarant, Tischgarant, neu M. 74, einz. Sofa M. 15 u. 39, Vertik. Trum, Uhr, Kleiderstr. M. 18, Rückenstr. M. 8 u. 16, Chaisel. M. 12, Salonisch M. 7 u. 18, zwei engl. Weh. M. 16, Tisch, Vertik. Weh. M. 82, Dampfbett M. 17 u. 27, Teppich M. 20, Garbinnen und Erleichen, Puppen, Büfett, **Reichold**, Zufanuestr. 40, II. L., bei der „Gloria“.

Lager aller Sorten neuer **Bettfedern und Innern.**
Reine reell gehaltene Waren.
Neue Federn von 40 M. pr. Pfund an.
Johann Feigl
Grosse Bäckerstrasse 13/15.

Die vorteilhafteste Einkaufsquelle für **Radfahrer** ist nur bei **Benz & Co.**
Hamburg - Barmbeck
23 Hamburgerstraße 23
::: Großes Lager erstklassiger :::
Orig. Benz-Fahrräder, Laternen mit Selbstzünd, Pneumatics, Pedalen, Glocken, Ketten, Lenker etc.
Kataloge gratis u. franko
Parteilmitglieder erhalten Vergünstigungen
Gigantes Brennborrad, fast neu, M. 85, Steinbaum 72, I. Et. 18.
Nicht hoch. (neue) Sing-Nähmaschine billig abgegeben. Steinbaum 72, I. L.
Ausgestammte Haare kauft u. zahlt die höchsten Preise **Holmer**, Friese, Ederstraße 109.

Kompl. Hausstand, a. geistl. Vork. u. Tischgarant, Tischsofa bild. u. v. Baumallee 4, v. r.
Zufall! 2000 Met. Zietz, Met. M. 1,
Bettfedern mit Daunen, Bst. 70 M. Sander, Oberstr. 5, Hochpart.
Zum Umz. 2 eleg. Federbetten à M. 16,
3 hochmod. Büschgarantur M. 75,
Kaschmeyer, Capellenstr. 28, IV. b. Hansapl.
Zufall! 4 Konfirm. Anz., blau, à M. 9,
Zückerstr. 70, Hochpart. r.
Die billigen Konfirmations- u. Schulanzüge hnd bei **Göhlerstr. 68, p. l.**
Hausstand: Wohn-, Schlafzimmer und Küche für M. 290, Dampfbett M. 40,
Schneider, Weidenstieg 11, partiere.
Hausstand (sof. umgungsfähig, f. M. 480 u. drei-
kanfen, a. Tisch, Büfett, Garn. (Büsch),
Vertik. Tisch, Schiffs, Tisch, Teppich,
Kantier, 19, I. Dof. Wohnung zu vermieten.

Umzug hatber
billig zu verkaufen ein großes Vogelhaus (Gehäckform), ein Rind-Schwamm, Bücher, ein Grubeherd, Taubenhaus, hartes Turmred u. ähnliches.
Goheluff-Chaussee 110.

Halt!
Wo kaufen und tauschen Sie Ihre **Grammophonplatten** am besten? In der **Grammophonplatten-Handlung** und Verkaufsstelle **Strohhaus 34**
Platten von 30 M. an zu haben.
Musik- und Sprachapparate billig, sowie Reparaturen und Verleihe von Apparaten freiwert.
L. Behrens, Strohhaus 34.